

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Federer: Auch Roger spürt den Greta-Effekt. Seite 6

US-Präsident ausser Kontrolle

Zündet Trump die Welt an?

**Die Analyse von
Oliver Fahrni.**

Seite 3

**Die Mieten sind
40% zu hoch**

Wohnmarkt-Expertin
Jacqueline Badran
hat's ausgerechnet. Das
Interview. Seiten 10-11



**Die gespaltene
WEF-Zunge**

Das neue Manifest
kritisiert, was das alte
lobte. Ein Trick. Seite 2

**Mehr Lohn:
Die work-Liste**

Wo 2020 die Löhne
endlich wieder real
steigen. Seiten 14-15

**Rechte
Politik
macht arm**

Neue Studie zeigt: So
verheerend ist die
SVP/FDP/GLP-Politik
für die Mehrheit in
der Schweiz. Seite 7



workedito
Marie-Josée Kuhn

BUSCHBRÄNDE UND BRANDSTIFTER

Das neue Jahr beginnt, wie das alte aufgehört hat: In Australien brennt das Buschland. Seit letztem Oktober frassen die Flammen in Down Under zweieinhalb Mal die Fläche der Schweiz. Und immer noch ist Australiens reaktionärer Premier Scott Morrison Klimaleugner. In bester Gesellschaft übrigens. Auch Bauer Marcel Dettling, der im Rennen ums SVP-Präsidium als Favorit gilt, nimmt das

Das neue Jahr beginnt, wie das alte aufgehört hat.

Wetter, wie es kommt: «Egal, ob es zu viel regnet oder zu wenig Schnee hat –

immer soll gleich der Klimawandel verantwortlich sein!» So mault einer (in der NZZ), der schon vor zwei Jahren für Klima-Schlagzeilen sorgte. Weil er sagte, für die Klimaerwärmung sei «eine höhere Macht» verantwortlich. Glauben versetzt halt Berge. Blöd nur, dass sich diese tatsächlich bewegen: Obenab! Denn schon droht im Aostatal am Mont-Blanc ein Gletscherabbruch.

BLONDES GIFT. Nur einem brennt's und bröckelt's auf diesem Planeten noch nicht genug. Dem blonden Gift im Weissen Haus. Deshalb liess Donald Trump schnell einen iranischen General liquidieren. Das ist einmalig in der ganzen gewalttätigen Geschichte der Menschheit. Eine Kriegserklärung ohne Krieg. Die uns an den Rand eines Krieges bringt, wie work-Autor Oliver Fahrni analysiert (Seite 3). Denn: «Soleimanis Liquidierung ist nur die bisher letzte einer langen Reihe von katastrophalen westlichen Interventionen, die ungezählte Kriege und einen scharf radikalisierten politischen Islam hervorgebracht haben.» Wer aber stoppt Brandstifter Trump? Am 3. November sind in den USA Wahlen: Euphorie scheint scheint's nicht angesagt. Zu wenig zukunftsweisend die Auswahl der demokratischen Konkurrenz: Bernie Sanders ist 78, Joe Biden 77, Elizabeth Warren 70.

SONNIGER FEDERER. Zukunftsweisend ist dagegen das Urteil von Richter Philippe Colelough. Er hat soeben jene 12 Klima-Aktivistinnen und -Aktivistinnen freigesprochen, die im November in einer Lausanner Filiale der Credit Suisse Tennis spielten. Weil die Grossbank Milliarden in besonders schädliche Klimakiller-Konzerne investiert. Und ihr Image gleichzeitig mit unserem sonnigen Roger Federer aufpoliert. Colelough hat also gesprochen: Der Klimaprotest in der Grossbank war «notwendig und angemessen». Wie recht der Richter doch hat, belegt work-Autor Clemens Studer in seinem Klima-Rückblick (Seite 6).

TEURE SHOW: Über 40 Millionen Franken an Steuergeldern benötigt das WEF für die Sicherheit. Davon berappt es gerade mal 2,5 Millionen selber.
FOTO: KEYSTONE



Das World Economic Forum spürt den Greta-Effekt Der doppelzüngige «Davos Man»

Seit es das WEF gibt, huldigt dieser Privatclub der Weltenherrscher dem Raubtierkapitalismus. Damit soll nun fertig sein. Verkündet das neue Manifest zum 50. Geburtstag.

MARIE-JOSÉE KUHN

Adieu, Milton Friedman! Gute Nacht, Chicago-Boys! Im neuen «Davos Manifesto» zu seinem 50. Geburtstag rechnet das WEF mit dem Shareholder-Kapitalismus der neoliberalen Denkschule ab. Deren Profitmaximierungs-Ideologie sei nicht nachhaltig genug. Das ist die brisante, aber späte Einsicht von WEF-Gründer Klaus Schwab («Ich bin der Chef-Zweifler der Welt»), 12 Jahre nach Beginn der grössten Kapitalismuskrisis seit 1929. Etliche Immobilien-, Banken-, Finanz- und Eurokrisen später kommt die «Ideologiefabrik der internationalen Geldsäcke» (Jean Ziegler) zum Schluss: Der rein profitgetriebene Shareholder-Kapitalismus habe ausgedient. Adieu, Aktionäre! Guten Morgen, Stakeholder! Der Stakeholder-Kapitalismus, der allen was bringe, auch der Gesellschaft und nicht nur den Aktionären, sei «die beste Antwort auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit». So das Davos-Manifest (rebrand.ly/wef-manifest).

Diese Einsicht setze sich langsam auch weltweit durch. Unter anderem wegen des Greta-Effekts: «Die junge schwedische Klimaak-

tivistin hat uns daran erinnert, dass das derzeitige Wirtschaftssystem künftige Generationen um ihre Zukunft betrügt.» Das dürfe nicht sein. Konkret fordert WEF-Schwab: Unternehmen sollen ihren fairen Anteil an Steuern zahlen und dafür sorgen, dass die Menschenrechte in ihrer ganzen globalen Beschaffungskette eingehalten werden. Und die Managergehälter müssten sinken.

VOM SAULUS ZUM PAULUS?

Was ist nur mit der kapitalistischsten aller kapitalistischen Messen los? Während Jahrzehnten huldigte das WEF der grenzenlosen Deregulierung, Privatisierung und Gewinnmaximierung um jeden Preis.

Noch 2008 sass auf der WEF-Ehrentribüne der Chef der US-Investmentbank Lehman Brothers. WEF-Gründer Klaus Schwab rühmte Richard Fuld als «einen der visionärsten Banker seiner Generation». Bereits 2009 ist derselbe Fuld angeklagt: die Bank geplündert und kriminell in den Konkurs getrieben zu haben. Lehman Brothers wird am 12. September 2009 liquidiert. Sie reisst Tausende von Gläubigern in den Abgrund. Auch in der Schweiz.

Seit Jahrzehnten legitimiert das WEF die bodenlose Arroganz und Gewinnsucht solcher «Fulds» durch seine «Theorien». Wird da ein Saulus plötzlich zum Paulus?

AUF DEM PULVERFASS

Die politische Temperatur steigt. Das konstatierte der Globalisierungsexperte Peter Niggli bereits 2012 in einem work-Interview zum WEF. Nun hätten «Wirtschaftsführer und Politiker vermehrt das Gefühl, auf einem Pulverfass zu sitzen». Und: «Neuerdings diskutieren Ökonomen und Politiker die Ungleichheit nicht mehr nur als Folge, sondern als Ursache der Krise. Weil die Kaufkraft sinkt. Weil die Verschuldung der Haushalte steigt. Weil die angehäuften Gewinne nicht mehr in Investitionen fliessen, sondern ins Finanzcasino. Vielen Mächtigen wird klar, dass sie aus der Krise nur rauskommen,

wenn sie etwas gegen die Ungleichheit tun.» Ein gewisses Umdenken finde auch am WEF statt. Früher hätten sich die WEF-Weltenlenker um die sozialen Proteste foutiert. Heute würden sie sie immer mehr als bedrohlich empfinden.

Kann es sein, dass sich das WEF durch Greta Thunberg und die Klimabewegung heute einfach so sehr bedroht fühlt, dass das Wirtschaftsforum dem Raubtierkapitalismus endgültig abschwört? Globalisierungsexperte Niggli ist sich da nicht so sicher: «Es sind erfreu-

«Viele Mächtige haben das Gefühl, auf einem Pulverfass zu sitzen.»

GLOBALISIERUNGSEXPERTE
PETER NIGGLI

liche Zeichen. Aber sie machen aus dem WEF noch lange kein Weltsozialwirtschaftsforum.» Das WEF habe ideologisch immer schon doppelzünftig gesprochen. Den Stakeholder-Kapitalismus, Schwabs Steckenpferd, gepredigt, aber dann doch dem Shareholder-Kapitalismus gedient. Das gehört zu den Ritualen in Davos.

DEALEN LOHNT SICH

Das Sein bestimmt bekanntlich das Bewusstsein: Das WEF ist inzwischen eine geschätzte 310 Millionen schwere Firma. Und sie spinnt ihr Gesinnungsnetzwerk über die ganze Welt, inklusive China. Vom Finanzentwicklungs-Ausschuss zum Cybersecurity-Ausschuss. Bis zu 600 000 Franken zahlen Unternehmen für ihre Mitgliedschaft. Pro Jahr! Von Nestlé über Novartis bis zur Credit Suisse leisten sich das auch «Schweizer» Konzerne gerne – aus der Portokasse. Denn für sie lohnt sich das Dealen hinter verschlossenen Davoser Luxushotel Türen allemal. Rein profitorientiert betrachtet. Der Gesellschaft, also uns Steuerzahlenden, bleiben dann die Schulden. So müssen wir auch dieses Jahr über 40 Millionen Franken für die Sicherheitskosten blechen. Denn die Ideologiefabrik der Geldsäcke übernimmt nur 2,5 Millionen Franken. So viel zur Idee des Stakeholder-Kapitalismus in der WEF-Praxis.

Biberli meint: «Schön trumpiert!»



Klima-Protest: Mit Wanderlust gegen das WEF

Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten wandern nach Davos. Dort treffen sich die schlimmsten Klimasünder der Welt.

PATRICIA D'INCAU

Jetzt jetten sie wieder nach Davos, die Reichen und Mächtigen, um am Weltwirtschaftsforum (WEF) den «Zustand der Welt» zu verhandeln. Dieser hat sich auch nach 50 Jahren Elitetreff nicht gebessert, im Gegenteil. Kein Wunder, schliesslich gehören zum WEF etwa die Waffenschmiede Lockheed Martin, der Umweltzerstörer BP und der Ausbeuterkonzern Glencore.

WANDERN FÜRS KLIMA. Wer es wirklich ernst meint mit der «besseren Welt», kommt zu Fuss nach Davos. Das finden jedenfalls die Organisa-

torinnen und Organisatoren von «Strike WEF». Sie planen eine Winterwanderung, von Landquart über Schiers und Klosters nach Davos. 47 Kilometer in drei Tagen, im Gepäck: die Forderung nach Klimagerechtigkeit. Schliesslich werde die Klimakatastrophe von den weltweit 1000 grössten Unternehmen verursacht, die Mitglied beim WEF sind», heisst es im Wanderaufruf. Auch die Unia unterstützt den Klimamarsch nach Davos, die Unia-Jugend mobilisiert.

DAS «ANDERE DAVOS». Daneben bekommen die WEF-Eliten etwas Nachhilfe in Sachen Demokratie: Am 21. Januar veranstaltet die Klimajugend eine öffentliche **Klimaversammlung in Davos**. Offen für alle, anstatt im Geheimen hinter verschlossenen Türen. Im Unterland haben die Proteste schon be-

gonnen. In Bern läuft eine Woche lang die traditionelle Gegenveranstaltung «Tour de Lorraine» mit Workshops, Referaten, Konzerten und Kunstinstallationen zum Thema «Klimagerechtigkeit».

Und in Zürich organisiert die Bewegung für Sozialismus (BFS) das «Andere Davos». Mit Inputs von internationalen Klimaaktivistinnen und -aktivisten, darunter der norwegische Volvo-Autoarbeiter Lars Henriksen und die deutsche Gewerkschafterin Bea Sassermaier, Ex-Betriebsrätin beim Pharmariesen Bayer und Mitbegründerin der «Gewerkschafter*innen für Klimaschutz».

Und Klimaaktivistin Greta Thunberg? Sowohl die «Strike



ZU FUSS ANS WEF: Für die globale Klimagerechtigkeit.

WEF-Wanderung als auch das «Andere Davos» haben sie eingeladen. Ob sie kommt, ist bis work-Redaktionsschluss noch offen.

Sicher ist: Am 17. Januar nimmt sie in Lausanne am Klimastreik teil, der sein einjähriges Bestehen feiert. Und am WEF hält sie einen Vortrag. Titel: «Den Klimakollaps abwenden».

Die USA haben die Welt an den Rand eines Krieges gebracht

Wer stoppt Brandstifter Trump?

Iran ist das letzte Bollwerk gegen die US-Herrschaft über den Nahen Osten. Präsident Donald Trump will es brechen.

OLIVER FAHRNI

Lastwagen dürften gerade riesige Mengen paniertes Chicken Wings in die Bündner Berge karrten: US-Präsident Donald Trump kommt an das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, mit seinem Monstertross, Tochter, Schwiegersohn, Sicherheitsberater usw. Das Zeug verschlingt er eimerweise. Und kommandiert gerne: «Fast Food für alle».

Noch eine Sache, die dem iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif erspart bleibt. Auch er, der Architekt des Atomabkommens von 2015 mit den USA, Europa, Russland und China, war in Davos erwartet worden. Zarif hat in Amerika studiert, ist kulturell Europa zugeneigt und der beliebteste Politiker in Teheran. Nach der Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani am 3. Januar auf persönlichen Befehl von Trump stornierte Zarif seinen Davos-Trip. Er nannte US-Außenminister Mike Pompeo einen «arroganten Clown» und freute sich, «das Ende der US-Präsenz» in der Region sei nun eingeläutet.

AUSSENPOLITIK IST INNENPOLITIK

Darüber wird sich Trump, der twitternde Fürst der Lügen (mehr als 15 000 hat die US-Zeitung «Washington Post» gezählt), mit dem irakischen Präsidenten unterhalten müssen: Barham Salih, Kurde und eigentlich ein Vasall der USA, hat am WEF den Beschluss des Parlaments in Bagdad im Gepäck, die US-Truppen aus dem Land zu werfen.

Mit seinem Kriegsakt in Bagdad ist dem US-Präsidenten geglückt, was vor kurzem noch undenkbar schien. Er hat die Welt an den Rand

Soleimani wurde auf persönlichen Befehl Trumps liquidiert.

eines Konflikts gebracht, der den Nahen Osten bis nach Pakistan (eine Atommacht) in Brand setzen könnte und auch die Türkei, Nordafrika und Europa nicht verschonen würde. Er hat den Irak in die Arme des Erzfeindes Iran getrieben. Und er hat in Iran die religiösen Hardliner gestärkt.

GOLFKRIEGE UND ÖL

Ob die Lage eskaliert, ist heute unklar. Schweizer Vermittler halten die diplomatischen Kanäle zwischen Washington und Teheran weiter offen (wie sie das seit 1979 tun). Doch es modert eine alte Feindschaft, die schon 1953 begann, als westliche Geheimdienste den ersten demokratisch ge-



GEMEINSAMES BANGEN: In Washington protestiert eine Antikriegsaktivistin gegen die Ermordung von General Qasem Soleimani durch die USA (links), während eine Frau in Teheran an den Trauerfeierlichkeiten für Soleimani weint. FOTOS: GETTY

wählten iranischen Regierungschef, Mohammad Mossadegh, stürzten, weil er das Erdöl nationalisierte. Und Trump hat starke Motive. Im beginnenden Amtsenthebungsverfahren braucht er die Unterstützung von christlich-fundamentalistischen Senatoren, die ihn zum Krieg drängen. Zudem steht im November die US-Präsidenten-

wahl an. Außenpolitik ist auch in den USA immer Innenpolitik.

Vor der Liquidierung Soleimanis revoltierten Zehntausende Menschen im Irak, blutig unterdrückt, gegen die Einmischung Irans in ihre inneren Angelegenheiten. Eine Animosität mit Hintergrund: 1980 hatten die USA (und Frankreich und Grossbritannien) den irakischen Herrscher Saddam Hussein, den sie später in zwei Golfkriegen entmachteten und aufhängen liessen, zum Krieg gegen Iran gedrängt. Dort hatte die Revolution gerade den Schah gestürzt. Acht Jahre lang hielt die westliche Koalition den Krieg am Kochen, indem sie beide Seiten mit Kriegsgüter und strategischen Informationen versorgte. Resultat: eine Million Tote. «Double containment», doppelte Eindämmung, nannten dies die US-Strategen.

DIE DUMMHIT ZU VIEL

In jenem Krieg, bei dem es um die Interessen westlicher Ölkonglomerate ging, setzte die Propaganda ein Deutungsmuster in Gang, das alle Konflikte in der Region erklären soll: der Streit zwischen den beiden Hauptströmungen des Islams, zwischen Sunniten (80 Prozent) und Schiiten (15 Prozent). Iran ist schiitischer Prägung. Wie dürftig solche kulturellen Muster sind, zeigt sich jetzt im Irak, wo Sunniten und Schiiten vereint für den Rauswurf der US-Amerikaner demonstrieren. In Iran wuchs seit Monaten die soziale Revolte einer Bevölkerung, die lange nach der Revolution geboren wurde (60 Prozent sind jünger als 30). Nun hat sie der

Mord an Soleimani millionenfach zu Trauermärschen hinter den Konservativen um Ayatollah Ali Khamenei gedrängt.

General Soleimani war als Chef der Revolutionsgarden der bewaffnete Arm des Regimes. Zurückhaltend, meist sanft sprechend und oft

Die westlichen Interventionen im Nahen Osten haben den radikalen Islam hervorgebracht.

in Zivil auftretend, hat er sein Leben lang mit eiserner Hand Kriege geführt. Ein Mann von brutalem Gemüt. Doch er hat das von den USA

umzingelte Iran im regionalen Machtspiel gehalten. Etwa indem seine Revolutionsgarde und die Hizbollah-Milizen stark dazu beigetragen haben, den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak niederzuringen (so wie er den US-Amerikanern schon gegen al-Kaida und die afghanischen Taliban half).

Soleimanis Liquidierung ist nur die bisher letzte einer langen Reihe von katastrophalen westlichen Interventionen, die ungezählte Kriege und einen scharf radikalisierten politischen Islam hervorgebracht haben. So wie die Besetzung des Iraks (2003–2011) den IS geschaffen hat, produzieren die USA massenweise Terror. Und ihre Verbündeten, die Saudis, die einen besonders reaktionären Islam predigen, finanzieren ihn.

Die Lunte brennt. Wer stoppt Brandstifter Trump?

Iran: Vom US-Militär umzingelt

Iran ist die letzte Nation zwischen Hindukusch und Mittelmeer, die sich dem US-Diktat nicht gebeugt hat oder nicht von US-Truppen besetzt ist. Die USA haben Teheran mit einem Netz von Militärbasen umstellt, Saudiarabien übernimmt für sie die Rolle als imperiale Stellvertretermacht. Iran hält dem ein Netzwerk von Milizen und einflussreichen Gruppen in den schiitischen Bevölkerungen entgegen.



KARTE: TINTGRAPHICS

Ausbeutung im Nobelort Gstaad aufgedeckt

GSTAAD/SAANEN BE. Wo die Reichen und Schönen Ferien machen, putzen die Reinigungsfrauen zum Hungerlohn: Sie mussten im Nobelort Gstaad und im benachbarten Saanen zu illegalen Arbeitsbedingungen chrapfen. Am 14. Januar verhaftete die Berner Kantonspolizei deshalb einen Mann und zwei Frauen. Sie sollen die Arbeiterinnen in der Region vermittelt und ausgebeutet haben. Die Polizei griff ein, nachdem sie ein Jahr lang ermittelt hatte.



TRÜGERISCHE IDYLLE: Gstaad BE. FOTO: P. MOSIMANN

Steuerbonus für Reiche kommt vors Volk

BERN. Das Parlament will den Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer von 6500 auf 10000 Franken erhöhen. Die SP hat dagegen erfolgreich das Referendum ergriffen. Denn: Profitieren würden vor allem Reiche. Den grössten Abzug gibt es für Einkommen ab 300000 Franken, während 45 Prozent aller Familien leer ausgehen. Für die SP ist klar: «Jene Familien, die es nötig hätten, profitieren also null und nichts.» Kosten würde dieser «Reichenbonus» rund 370 Millionen Franken. Im Mai kommt die Vorlage nun an die Urne.

Die fünfte Entlassungswelle in fünf Jahren beim Warenhauskonzern Manor: Wieder 87 Jobs weg

Der Warenhauskonzern Manor hat die Wende zum Onlinehandel verschlafen. Jetzt müssen die Mitarbeitenden das ausbaden.

CHRISTIAN EGG

87 Mitarbeitende verlieren ihre Stelle, zwei Supermärkte und ein Warenhaus gehen zu: So sieht der neueste Manor-Totalumbau aus.

«Bei uns geht die Angst um.»

SOPHIE KRAUS, MANOR-MITARBEITERIN

Es ist bereits die fünfte Entlassungswelle. Seit 2015 hat die Warenhauskette mindestens 800 Stellen abgebaut. Zuletzt im vergangenen September mit dem Ende des Flaggschiffes an der Zürcher Bahnhofstrasse.

Sophie Kraus* ist Unia-Mitglied und Manor-Mitarbeiterin im Kanton Bern. Sie hat noch einmal Glück und behält ihre Stelle. Aber den Direktor «ihres» Warenhauses stellt Manor auf die Strasse. «Sie haben ihm gekündigt und ihn per sofort freigestellt», berichtet Kraus. Dabei sei der Entlassene «ein super Chef» gewesen: «Er hat wenn nötig die Ärmel hochgekrempt und mit angepackt.»

DAS PERSONAL IST AM LIMIT

Kraus weiss genau: Das nächste Mal könnte es auch sie treffen. «Bei uns geht die Angst um. Wir haben mehrere Mitarbeitende über 55. Die finden doch keinen Job mehr.»

Künftig soll ein Direktor bis zu drei Warenhäuser führen. Anne Rubin, Chefin Detailhandel bei der Unia, sagt: «Solche Umstrukturierungen haben immer Auswirkungen auf das Verkaufspersonal. Dabei arbeiten die Verkäuferinnen schon jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.»

*Name geändert



ALLES FAKE: Eben noch hat Manor in Bern eine neue Filiale eröffnet – und jetzt streicht das Warenhaus 87 Stellen (hier eine Filiale in Lausanne). FOTO: KEYSTONE

Gleichzeitig mit dem Abbau will Manor seinen Onlineshop ausbauen und dafür «über 30» neue Stellen schaffen. Der geschätzte Onlineumsatz von Manor beträgt gut 60 Millionen Franken. Zum Vergleich: Die Coop-Gruppe macht mit ihren Onlineshops gut 900 Millionen Franken Umsatz. Unia-Frau Rubin kritisiert: «Manor hat die digitale Wende viel zu langsam eingeleitet. Es sind die Mitarbeitenden, die jetzt die Rechnung dafür bezahlen müssen.»

Manor: Management unterschätzt Solidarität

Manor informierte am 10. Januar über den Abbau. Aber nicht freiwillig. Ursprünglich wollte das Management den Plan erst eine Woche später bekanntgeben. Unterschätzt aber die Solidarität der Verkäuferinnen und Verkäufer mit ihren Vorgesetzten. Denn für viele von ihnen ist die Arbeit im Traditionshaus eine Herzensangelegenheit. Als ihre Chefs geschasst wurden, löste dies «ein Beben» aus, berichtete der «Blick».

In einem Fall brachen die Mitarbeitenden in Tränen aus, als der Vorgesetzte sie über seinen Abgang informierte. Sie wollten spontan streiken, der Chef hielt sie davon ab.

ZUKUNFT? Noch immer will Manor die Sache unter dem Deckel halten. Mit der Folge, dass die meisten Mitarbeitenden aus den Medien vom Abbau erfahren. Denn jetzt berichten die ersten Nachrichtenportale vom Aufruhr. Erst da verspricht Manor ein Communiqué. Der Titel: «Manor stellt die Weichen für die Zukunft». (che)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Geothermie: Mutter Erde ist im Kern verdammt heiss. Können wir dies nutzen?

In Südtirol soll die weltweit erste 8000-Meter-Tiefenbohrung gemacht werden – für eine Geothermieanlage, die pro Jahr gut 20 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren soll. Energie für Sommer und Winter. Wenn's klappt, dürfen wir uns freuen.

Das mit der Geothermie hat bisher in der Schweiz nicht so richtig geklappt. Bohren ist verdammt teuer. Was sich tief unter unseren Tischen und Betten versteckt, ist zudem unsicher. Und wer Wasser in den Fels presst, löst nicht selten lokale Erdbeben aus. Die Baslerinnen und die St.Galler haben damit bereits schlechte Erfahrungen gemacht.

Ein Unternehmen, das in der Vergangenheit wirtschaftlich auch schon auf die Nase fiel, ist Geohil. Aber aus Erfahrungen und Niederlagen kann man im zweiten Anlauf auch gescheit werden. In den USA ist diese Strategie gesellschaftlich akzeptiert, in der Schweiz weniger. **Geohil-Ansatz 1:** Die Gas- und Ölindustrie hat in den letzten Jahren neue Bohrtechniken entwickelt. Man kann diesen technischen Fortschritt absehbar auch für die Geothermie nutzen. Bohrungen in bis zu 8000 Metern Tiefe sollen neu relativ problemlos möglich sein. Pro 100 Meter mehr Land über Bohrkopf nimmt die Temperatur um 3 Grad zu. In 8000 Metern unter dem Boden ist es somit mit mehr als 240 Grad Celsius heisser als in jedem Dampfkochtopf.

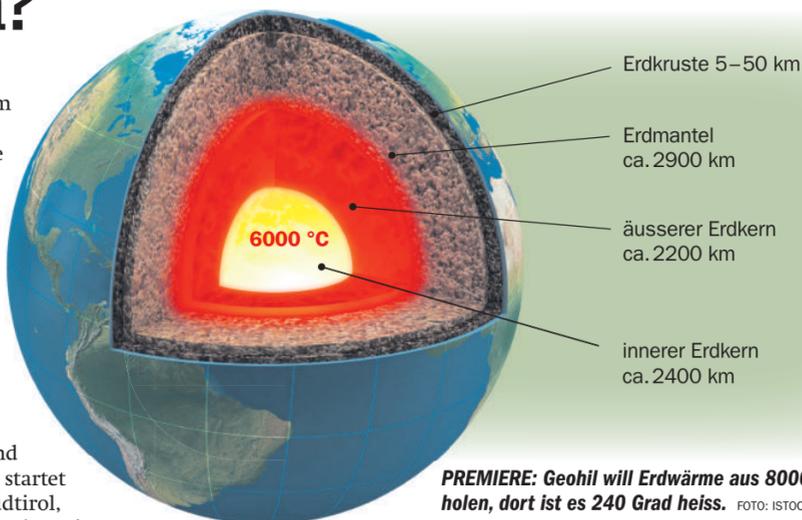
Geohil-Ansatz 2: Wer mit einem Bohrloch von 40 Zentimetern Durchmesser bis in diese Tiefe vorstösst, muss nicht zwei Löcher bohren. Das senkt die Kosten. Er oder sie muss das Wasser auch nicht durch Felsritzen pressen, um Wärme zu gewinnen. Will heissen: Die Wärme des Gesteins erwärmt das von diesem getrennt in die Tiefe wandernde Wasser. Dieses System senkt die Risiken.

Grau, liebe Leserinnen und Leser, ist alle Theorie. Deshalb startet Geohil in Brixen, im nahen Südtirol, absehbar die weltweit erste Geothermie-Bohrung in 8000 Metern Tiefe.

● Im Jahr soll diese Anlage gut 20 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren. Bandenergie für Sommer und Winter. 500 solche Löcher, die je einen Radius von 500 Metern beanspruchen, würden so viel Strom produzieren wie das Atomkraftwerk Leibstadt. Der entscheidende Vorteil: Die Abwärme kann man nutzen, um dezentral unter anderem Wohnüberbauungen und Industrieanlagen zu versorgen.

● So will Geohil die Abwärme im vorliegenden Fall an die Stadtwerke Brixen verkaufen.

Die Testanlage in Brixen soll gut 50 Millionen Euro kosten. Wenn es klappt, sollen weitere Projekte folgen. Ein kleineres in Dietwil, Kanton Aargau.



PREMIERE: Geohil will Erdwärme aus 8000 Metern Tiefe holen, dort ist es 240 Grad heiss. FOTO: ISTOCK

Und ein schwerer Brummer in Schweden, der so viel Strom wie das AKW Leibstadt produzieren würde. Die Vorteile dieser Anlagen, wenn sie denn funktionieren sollten, überzeugen:

Vorteil 1: Sie liefern permanent Strom und Wärme. Es gibt das Problem von Dunkelflauten (der Wind bläst nicht, und die Sonne versteckt sich) nicht. Das senkt den Bedarf an Batteriespeichern in jedem System.

Vorteil 2: Im Gegensatz zur Mittelland-Solarenergie wird die Hälfte des Stroms im Winter produziert. Aber: Bei der Windenergie sieht das Verhältnis noch besser aus. Und bei bifazialen alpinen Photovoltaik-Anlagen gleich gut.

Vorteil 3: Man muss nicht flächendeckend Ölheizungen durch Wärmepumpen ersetzen, sondern kann die Wärme vielerorts dezentral nutzen.

Vorteil 4: Freundinnen und Freunde des Tier- und Landschaftsschutzes können aufatmen. Es besteht unter Tag keine Gefahr für Fledermäuse. Alles etwas zu schön, um wahr zu sein. Aber man soll sich ja auch überraschen lassen. Ein Tipp für die Klimajugend: Vielleicht sollte sie die übernächste Maturareise nach Brixen machen. Mit dem schnellsten Zug dauert die Fahrt ab Zürich nur gute 5 Stunden. Und wenn das mit dem 8000-Meter-Loch im ersten Anlauf nicht funktioniert, so hat Brixen immer noch ein ansprechend gutes Nachtleben.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/waermeschatz Die Welt aus dem deutschen Medienhaus Springer rutscht politisch immer weiter nach rechts. In Sachen Technik ist das Blatt aber immer wieder für Überraschungen gut.

● rebrand.ly/8000-meter Diese lokale Homepage berichtet eher etwas zurückhaltend über das Projekt.

● rebrand.ly/nachtleben Wenn das mit der Bohrung nicht so recht klappen sollte, können alle Klimabewegten wenigstens in das Brixener Nachtleben eintauchen. Soll gar nicht so grotten-schlecht sein.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



QUALITÄTSKONTROLLEUR STEVEN MARCHOU: «Wir haben gekämpft. Darum gehen wir mit erhobenem Haupt wieder zur Arbeit.» 50 Mitarbeitende streikten bei der Firma Boston Scientific (rechts). FOTO: OLIVIER VOGELSANG



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Die Briefträgerin & das Missverständnis

Neulich wandte die Briefträgerin sich an die Beschwerdestelle der Kantonspolizei, um den Zorn abzuschütteln, der sie im «Bundesempfangszentrum» für Asylsuchende (BAZ) befallen hatte.

SPRÜCHE. Wegen einer Unterschrift musste die Briefträgerin im BAZ auf den Rechtsdienst warten. Vor dem Schalter hatten sich zwei Polizisten, eine Polizistin und drei Securitas-Leute breitbeinig aufgepflanzt, anscheinend, um jemanden abzuholen (sechs gegen einen...). Einer der Polizisten sonderte unerträgliche Sprüche ab: «Wir nehmen sie grad alle mit, füllen das Auto, wenn wir schon da

Der Beschuldigte ist unschuldig, weil er sagt, dass er unschuldig sei.

sind.» «Ah, ds Karlsruhe isch er oscho ga Bittibätti mache.» Irgendwann platzte der Briefträgerin der Kragen, und sie wies darauf hin, dass diese Sprüche an Rassismus grenzten. Endlich schwieg der Polizist, die Briefträgerin wurde vom Rechtsdienst erlöst und konnte den Tatort verlassen. Aber eben, der Zorn...

DIE ÜBERRASCHUNG. Die Beschwerdeantwort machte dann deutlich, dass die Briefträgerin alles falsch verstanden hatte. In Wahrheit war der Beamte hilfsbereit gewesen und hatte sein Fahrzeug grosszügig für allfällige weitere Personentransporte angeboten. Und menschlich interessiert war er ebenfalls: «Ah, der Mann hat auch schon in Deutschland Asyl beantragt.» Die Anzahl Sicherheitsleute habe sich zufällig ergeben. Auch



habe der Polizist jede rassistische Äusserung bestritten, der laute Kommentar aus dem Hintergrund habe ihn überrascht. Der stellvertretende Kommandant distanzierte sich von jeglichen allfällig rassistischen Äusserungen von Mitarbeitenden und wies auf Weiterbildungen zum Thema interkulturelle Kompetenzen hin.

Und kommt dann zu folgendem Schluss: «Gestützt auf die Stellungnahme unseres Mitarbeitenden können wir kein Fehlverhalten feststellen.» An dieser Antwort überraschte die Briefträgerin einzig die Begründung: Der Beschuldigte ist unschuldig, weil er sagt, dass er unschuldig sei...

7-Tage-Streik bei der Industriefirma Boston Scientific in Ecublens VD

«Der Streik war extrem anstrengend»

Die Firma schliessen und nach Irland verlagern? Nicht mit uns, sagt Qualitätskontrolleur Steven Marchou. Einer von 50 Mitarbeitenden, die gestreikt haben.

CHRISTIAN EGG

Die Informationsveranstaltung am 20. November dauert nur 30 Minuten. Man werde den Standort schliessen und nach Irland verlagern, teilen die Chefs von Boston Scientific den 141 Mitarbeitenden im waadtländischen Ecublens mit. Alle würden die Kündigung erhalten, es gebe einen Sozialplan. Den Nachmittag dürften sie freinehmen. «Peng!» denkt da Qualitätskontrolleur Steven Marchou (35), denn auch er hat nicht mit so einer Hiobsbotschaft gerechnet. Der Firma geht es blendend. Sie stellt künstliche Herzklappen her und hat vor kurzem ein neues Modell entwickelt, das sie jetzt auf den Markt bringen will. Dafür sollte die Produktion hochgefahren werden.

ABGEWORREN UND ENTLASSEN

Wie viele andere arbeitet auch Marchou erst seit kurzem bei Boston Scientific. Im Juli hatte ihn die Firma von einer anderen Arbeitsstelle sogar abgeworben, um die Abteilung Qualitätskontrolle zu verstärken. Marchou: «Damals sprachen sie von einer Perspektive von fünf Jahren.» Und jetzt das! Wie ein Blitz fährt es Marchou durch den Kopf: «Wir brauchen eine Gewerkschaft.» Seine Gewerkschaft, die Unia. Zusammen mit 64 Kolleginnen und Kollegen bittet Marchou die Unia, dass sie sie im Konsultationsverfahren vertrete. Bei Massentlassungen schreibt das Gesetz eine Konsultation der Mitarbeitenden vor. Diese dürfen Vorschläge machen, wie der Stellenabbau zu verhindern oder abzumildern sei. Oder sich eben von einer Gewerk-

schaft vertreten lassen. Das ist ihr Recht. Doch der Boston-Scientific-Manager Tim Starr, Standortleiter in Ecublens, foudiert sich darum. Er schreibt der Unia: Über den Stellenabbau «möchten wir keine Diskussion mit Dritten».

MANAGER STARR BLEIBT STUR

Stattdessen teilt die Firma den Mitarbeitenden mit, die Konsultation laufe bis zum 16. Dezember. «Halt!» ruft da Anais Timofte von der Unia Waadt: «Das ist viel zu kurz, um seriöse Vorschläge auszuarbeiten.» Doch Starr hat seine eigenen Vorstellungen. Er lässt einen Briefkasten aufstellen. Dort dürfen die Mitarbeitenden Vorschläge deponieren.

Steven Marchou, Verhandlungen waren also nicht vorgesehen?

Genau das habe ich meinen Chef auch gefragt. Er sagte Nein, die Direktion werde die Vorschläge anschauen und dann entscheiden. Da war für mich alles klar.

Eine Alibiübung?

Klar. Um das zu merken, muss man nicht lange in die Schule gegangen sein!

Jetzt treffen sich die Mitarbeitenden zu Versammlungen. Sie wollen über die Zukunft ihrer Jobs verhandeln und wählen eine Delegation. Und sie stellen zwei Forderungen auf: Verlängerung der Konsultationsfrist bis Ende Januar. Und Verhandlungen zwischen Firmenleitung und der Delegation, unter Einbezug der Unia. Viermal übermitteln sie Manager Starr diese zwei Forderungen. Viermal steigt er nicht darauf ein. Auch die Fragen von work will Boston Scientific nicht beantworten. Am 9. Dezember hat die Versammlung genug. Sie beschliesst den Streik. Einstimmig.

Steven Marchou, was war das für ein Moment

Ich war erleichtert.

Wieso?

Weil ich dachte, jetzt müssen sie verhandeln!

Doch weit gefehlt: Stattdessen versucht die Firmenleitung nun, die Streikenden einzuschüchtern. Sie engagiert private Sicherheitsleute. Sie lässt die Zutrittscodes zum Gebäude ändern. Dreimal ruft sie die Polizei. Die hat allerdings am Protest nichts auszusetzen. Gleichzeitig versprechen die Chefs in Einzelgesprächen Lohnerhöhungen oder eine Jobgarantie für Leute, die den Streik abbrechen. Doch das tun sie nicht.

Am Tag 6 des Streiks greift das Kantonsparlament ein und verabschiedet mit nur einer Gegenstimme eine Resolution zu Boston Scientific: Die Regierung solle vermitteln. Das versucht diese auch. Aber das Management lehnt ab.

Tags zuvor haben die Streikenden das Arbeitsgericht angerufen. Als sie am 18. Dezember eine Bestätigung und einen Termin vor Gericht erhalten, suspendieren sie den Streik.

Steven Marchou, wie war dieser Streik für Sie?

Extrem anstrengend! Ich wusste, dass die Leute auf mich zählen würden, wenn wir die Direktion an den Verhandlungstisch bringen. Und ich wollte für uns etwas rausholen. Dieser Druck hat mich geschafft.

Aber Sie haben durchgehalten?

Ja. Wir waren viele, das hat uns stark gemacht. Und wir merkten, dass die Chefs ermüdeten. Der Trick dabei war, nicht zu zeigen, wie müde wir selber waren.

Und jetzt?

Wir haben gekämpft. Darum gehen wir jetzt mit erhobenem Haupt wieder zur Arbeit.

Boston Scientific: Leere Versprechen

2017: Der US-amerikanische Medizintechnikkonzern Boston Scientific kauft das Schweizer Start-up Symetis in Ecublens VD. Für 435 Millionen Dollar. Er verspricht, die Produktion von künstlichen Herzklappen hochzuführen.

2019: Die Direktion stellt rund 60 neue Mitarbeitende an.

20. NOVEMBER: Boston Scientific teilt mit, den Standort schliessen und nach Galway (Irland) verlagern zu wollen. 141 Arbeiterinnen und Arbeiter sollen die Kündigung erhalten, gestaffelt bis 2023. Betroffene wenden sich an die Unia.

29. NOVEMBER: Die Unia teilt der Direktion mit, dass Mitarbeitende sie mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt hätten, und bittet um ein Treffen.

4. DEZEMBER: Nach fünf Tagen antwortet Standortleiter Tim Starr: Das Konsultationsverfahren sei eine interne Angelegenheit, man wolle nicht mit «Dritten» verhandeln.

6. DEZEMBER: Die Versammlung der Mitarbeitenden beschliesst eine Streikwarnung. Doch Manager Starr bleibt stur.

10. DEZEMBER: Streikbeginn.

11. DEZEMBER: In einem Brief an alle Mitarbeitenden bezeichnet Starr den Streik als «illegal».

13. DEZEMBER: Starr droht den Streikenden mit «disziplinarischen oder anderen Massnahmen». Er verhandelt nicht mit der Delegation.

16. DEZEMBER: Die Mitarbeitenden rufen das Arbeitsgericht an. Sie verlangen eine Verlängerung der Konsultationsfrist bis Ende Januar.

18. DEZEMBER: Die Mitarbeitenden suspendieren den Streik bis zum Gerichtsurteil.

2020: Das Urteil soll demnächst fallen. (che)

Lob für Hilcona AG: Ein Gütesiegel wie ein Hohn

In der Waadt ist die Hilcona AG wiederholt mit skandalösen Arbeitsbedingungen aufgefallen. Dennoch erhielt die Lebensmittelherstellerin eine Auszeichnung – ausgerechnet von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz.

JONAS KOMPOSCH

Am Dorfrand von Orbe VD, inmitten von kahlen Äckern, liegt eine grosse Industriezone. Menschen sind dort nur während der Schichtwechsel zu sehen. Sonst stehen sie an den Fließbändern im Innern der riesigen Fabrikhallen. Ganz anders am Montag, dem 13. Dezember: Gegen 50 Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrieren mit der Unia lautstark vor dem Werk der Hilcona AG – einer liechtensteinischen Lebensmittelherstellerin der zu Coop gehörenden Bell-Gruppe. Der Grund: Hilcona wurde von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz zum «Friendly Work Space» erklärt und mit einem Qualitätslabel zertifiziert.

Die Hilcona-Belegschaft von Orbe spürt allerdings nichts von einem «freundlichen Arbeitsplatz». Im Gegenteil. Schon seit über einem Jahr prangert sie Stress, schlechte Löhne, gefährliche Arbeitsbedingungen sowie äusserst kurzfristige Arbeitsplanänderungen an. Ein Arbeiter sagte zur Westschweizer Unia-Zeitung «L'Événement Syndical»: «Jede Woche kommt es bis zu zwei Änderungen unserer Einsätze». Und bis vor kurzem seien die abrupten Planänderungen noch viel häufiger vorgekommen – dies bei einem 24-Stunden-Betrieb.



HILCONA IN ORBE VD: Gar kein freundlicher Arbeitgeber. FOTO: KEYSTONE

Erst eine gewerkschaftliche Intervention brachte Besserung. Doch Unia-Sekretärin Nicole Vassali sagt: «Nach wie vor beginnen die Angestellten ihren Arbeitstag, ohne zu wissen, wann er endet.» Ein Arbeiter erklärt, warum: «Niemand traut sich, den Mund aufzumachen.» Denn bei Hilcona herrsche ein Klima der Angst. Machtmissbräuche und Mobbing seien an der Tagesordnung. Doch damit nicht genug.

GESETZESBRECHER. Just als im letzten Frühling die von Kantonen und Versicherern getragene Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz mit Hilcona das Qualitätslabel feierte, war beim Arbeitsgericht Broye-Nord Vaudois die Klage einer Arbeiterin hängig. Im Mai bestätigten die Richter: Die über Adecco ausgeliehene Temporärarbeiterin wurde bei Hilcona zuerst ausgebeutet und, als sie schwanger war, gesetzeswidrig entlassen. Verdient hatte die Frau einen illegalen Dumpingstundenlohn von 15.69 Franken!

Dass nun ausgerechnet Hilcona ein von öffentlichen Geldern unterstütztes Gesundheitslabel erhält, ist für die Angestellten der reinste Hohn. Sie forderten daher die Stiftung auf, der Coop-Tochter das Label zu entziehen. Und von ihren Vorgesetzten verlangen sie die Anerkennung von Gewerkschaftsdelegierten sowie die Aufnahme von Verhandlungen. Unterstützt werden sie dabei von SP-Nationalrat Samuel Bendahan, der in einer Interpellation vom Bundesrat wissen will, ob die Prämien von Versicherten tatsächlich «ein irreführendes Label» finanzierten. Und Stiftungssprecher Philippe Haeberli sagt auf Anfrage: «Um den uns und das Label betreffenden Bereich mit den Verantwortlichen von Hilcona zu besprechen und zu überprüfen, wird eine Delegation nach Orbe reisen und sich vor Ort über die Sachlage informieren.» work bleibt dran.

Rückblick auf eine turbulente Klima-Woche Tennis im Rauch der Buschfeuer

Ein mutiges Urteil, eine neue Schockstudie, ein leicht eingeknickter Roger Federer und eine uneinsichtige Grossbank: Der Klimanotstand ist gross, der Protest dagegen ebenfalls.

CLEMENS STUDER

13. Januar 2020, Bezirksgericht Lausanne. Richter Philippe Colelough spricht 12 Klimaaktivistinnen und -aktivisten frei. Zwar hätten sie den «Hausfrieden» der Grossbank gebrochen. Aber sie hätten in einem «rechtfertigenden Notstand» gehandelt. Ihr Vorgehen sei angesichts der Klimakatastrophe «notwendig und angemessen» gewesen. Und die Aktion der «einzige wirksame Weg, um die Bank zu einer Reaktion zu bewegen, und der einzige Weg, um die notwendige Aufmerksamkeit von den Medien und der Öffentlichkeit zu erhalten». Jubel bei den Angeklagten, ihren Anwältinnen und Anwälten und beim Publikum. Ein langes Gesicht beim CS-Anwalt, der einzig für die Urteilsverkündung im Gerichtssaal auftauchte.

Ebenfalls auf dem rechten Fuss erwischt wurden die Tamedia-Journalisten, die während Tagen nicht müde wurden, die Aktivistinnen und Aktivisten zu kriminalisieren und zu schulmeistern. Und sich über ihre 13 Anwältinnen und Anwälte mokierten. Rühmen mochten sie dagegen die Bemühungen der Banken im allgemeinen und der Credit Suisse im besonderen.

BANKHALLEN-TENNIS Worum ging es konkret? Am 22. November 2019 hatten die jetzt freigesprochenen Mitglieder der Bewegung «Lausanne Action Climat» (LAC) in einer Lausanner Filiale der Credit Suisse Tennis gespielt. Grund für die Aktion: Die Grossbank sonnt sich im Licht von Tennisstar Roger Federer, während sie Milliarden in besonders schädliche Klimakiller-Konzerne investiert. Das CS-Honorar für Federer wird auf jährlich 7 Millionen Franken geschätzt. Eine letztes Jahr veröffentlichte Greenpeace-Studie belegt: Alleine die beiden Schweizer Grossbanken UBS und CS haben in den Jahren 2015 bis 2017 einen Treibhausgas-

Ausstoss von rund 183 Millionen Tonnen finanziert. Das ist 3,8 Mal mehr als der gesamte inländische Treibhausgasausstoss in der Schweiz im Jahr 2016.

Die CS zeigte die Aktivistinnen und Aktivisten an. Die Staatsanwältin druckte Strafbefehle in Serie. 12 Betroffene fochten diese an. So weit so normal. Doch die Klimaschutzmenschen nutzten die Gerichtsverhandlung, um wissenschaftliche Fakten zur Klimakatastrophe zu präsentieren. Der Schweizer Chemie-Nobelpreisträger Jacques Dubochet war einer ihrer Zeugen. Und sie zeigten auf, wie verhandelt die CS mit Klimakiller-Konzernen rund um den sich weiter erwärmenden Globus ist.

GRETA VS. ROGER

Unter dem Hashtag #RogerWakeUpNow starteten sie eine Kampagne auf Twitter, die international für Aufsehen sorgte. Auch «New York Times» und «Guardian» berichteten. Als Klimabewegungskone Greta Thunberg ihre über vier Millionen Follower auf #RogerWakeUpNow aufmerksam machte, gab es für den Tennisstar kein Verstecken mehr. Er äusserte sich zum ersten Mal in seiner Karriere politisch. Er habe «grossen Respekt und Bewunderung für die Jugendklimabewegung». Und: Er werde seine «privilegierte Stellung» «für den Dialog mit meinen Sponsoren nutzen».

Am Tag des Lausanner Freispruchs erschien die neuste Ausgabe des Fachmagazins «Advances

in Atmospheric Sciences». Darin publizierte ein Team von 14 Forschenden aus 11 Instituten ihre Daten zu der Ozeanerwärmung (zu lesen hier: www.rebrand.ly/ozeane) Drastische Erkenntnis: Die

Der Klimaprotest vor der Grossbank CS war «notwendig und angemessen».

Ozeane waren 2019 so warm wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen. Die in den Ozeanen gespeicherte Wärme lag 228 Zetajoule über dem langjährigen Durchschnitt. Zur Einordnung: Die von der Sonne pro Tag auf die Erde abgestrahlte Energie beträgt rund 11 Zetajoule. Die Folgen sind katastrophal: mehr Wirbelstürme und Starkregen. Fischsterben, weil der Sauerstoff nicht mehr ausreicht. Die erhitzten Ozeane sind für die Forschenden auch ein Hauptgrund für riesige Waldbrände wie am Amazonas und in Australien.

Dort sind seit dem letzten Oktober mehr als zehn Millionen Hektaren Busch verbrannt. Das ist zweieinhalb Mal die Fläche der Schweiz. Mindestens 27 Menschen sind gestorben. Tausende Häuser abgebrannt. Mindestens eine Milliarde Tiere vom Feuer getötet.

GRÜNER SCHULGARTEN

Trotz der seit Monaten dauernden Katastrophe im eigenen Land leugnet der rechte australische

Premier Scott Morrison den menschengemachten Klimawandel weiterhin. Und er ist auch in Australien nicht der einzige Uneinsichtige. Beispielhaft mag Farmer Rod Charlton aus Trundle im Bundesstaat New South Wales stehen. Dort fiel seit Jahren kein Tropfen Regen mehr. Charltons Schafe weiden auf Staub, sie fressen schon längst kein Gras mehr, sondern zugekauftes Trockenfutter. Doch Charlton leugnet den Klimawandel. In der Tagesschau vom 4. Januar sagte er: «Das Wetter ändert sich jeden Tag. Jetzt haben wir eine trockene Phase. Das hat es immer gegeben.» Immerhin, die Kinder von Trundle sehen noch ein bisschen Grün. Der kleine Garten des Schulhauses ist der einzige, der trotz massivem Wassermangel gegossen wird. Die Kinder sollen nicht vergessen, wie grünes Gras aussieht. Und in der Schule stehen zwei Waschmaschinen. Hier waschen Schülerinnen und Schüler ihre Wäsche, weil es bei ihnen zu Hause kein Wasser mehr gibt.

ES GEHT WEITER

Die Lage bleibt dramatisch. Der Notstand bleibt. Und der Klimaprotest originell. Am Tag nach dem Urteil schütteten Aktivistinnen und Aktivisten in Anzug und Krawatte Kohle in eine Lausanner Bankfiliale. In eine der UBS. Klimaprotestgerechtigkeit. Und die CS? Sie zieht das Lausanner Urteil weiter. Und ihre Werbe-Ikone Federer? Spielt in Australien Tennis im Rauch der Buschfeuer.



TENNIS FÜRS KLIMA: Klimaaktivistinnen und -aktivisten protestieren im November 2019 dagegen, dass sich die Credit Suisse im Licht von Tennisstar Roger Federer sonnt, während die Grossbank Milliarden in Klimakiller-Konzerne investiert. FOTO: KEYSTONE



ROSA UND ROT: Bundesrätin Ruth Dreifuss 2002 mit einem Säuli an der Olma in St. Gallen.

VIEL GLÜCK, RUTH DREIFUSS!

80 – und immer noch eine «militante», Gewerkschafterin und Kämpferin. Für die Menschen- und Arbeitnehmerrechte. Für die Gleichstellung der Frauen. Und gegen Rassismus und Gewalt. Ruth Dreifuss' Wahl in den Bundesrat war 1993 eine regelrechte Revolution unter der helvetischen Sonne. Als Frau und Feministin, unverheiratet, beruflich hochqualifiziert, geschickte und weit in der Welt herumgereist, war sie im Bundesrat die einzige Rose unter zu vielen Mauerblümchen. Ohne massive Frauenproteste auf der Strasse wäre sie auch nie dorthin gekommen. Entsprechend stand sie als AHV- und Gesundheitsministerin auch regelmässig im Hagelgewitter rechter Polemik. Ihre Schlagfertigkeit verlor sie aber nie. Auf die Frage, wie sie sich als Bundesrätin denn verändert habe, sagte sie einmal: «Ich bin dicker geworden und älter und vielleicht auch selbstbewusster.» work gratuliert ganz herzlich zum runden Geburtstag!

SGB-Analyse beweist, was wir schon immer ahnten:

Rechte Politik macht Menschen arm

Eine neue Studie des Gewerkschaftsbundes zeigt, wie verheerend rechte Politik für Lohnabhängige und Rentner und Rentnerinnen in diesem Land ist.

CLEMENS STUDER

Seit rund drei Jahrzehnten schwächen die Abbauparteien SVP und FDP die Errungenschaften des Sozialstaates. Seit 2007 auch auf nationaler Ebene, tapfer unterstützt von den Rechtsgrünen der GLP. Einige Kahlschlag-Vorhaben konnten Gewerkschaften und progressive Kräfte verhindern. Viele leider nicht.

Wie sehr die marktradikale Politik der Rechten der überwiegenden Zahl der Menschen in der Schweiz schadet, zeigt das neuste Dossier des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

SGB-Chefökonom Daniel Lampart hat es verfasst. Seine Analyse ist erhellend und erschreckend zugleich. Zwei von vielen Beispielen:

1. Beispiel: ALV und IV

Zu Beginn der 1990er Jahre stand die Schweiz unter Schock. Firmen entliessen Festbeschäftigte in einem Mass, wie es seit der Zwischenkriegszeit nicht mehr vorgekommen war. Zum ersten Mal auch ältere Arbeitnehmende. Den Lohnabhängigen in der Schweiz war klar: jetzt konnte die Arbeitslosigkeit alle treffen. Zuerst waren die bürgerlichen Parteien noch bereit, die Betroffenen aufzufangen und die Arbeitslosenversicherung (ALV) angemessen auszustatten. Bis in die Mitte der nuller Jahre entwickelten sich die Aus-

Der Anteil am bisherigen Lohn, den AHV- und BVG-Renten abdecken, sinkt.

gaben für Arbeitslosen- und Sozialhilfe quasi deckungsgleich mit der Erwerbslosenquote. Das heisst: wenn mehr Menschen erwerbslos waren, kostete es mehr Geld. Doch Arbeitgeber und rechte Parteien begannen gegen den angeblichen «Sozialmoloch Schweiz» (O-Ton Arbeitgeberpräsident Peter Hasler, später Post-Verwaltungspräsident) zu polemisieren. Die Leistungen in der ALV wurden gekürzt. Immer mehr Menschen landeten in der Sozialhilfe, weil auch bei der IV die Leistungen eingeschränkt wurden. Die SVP fuhr eine Kampagne gegen angebliche «Sozial-schmarotzer», die von den übrigen rechten Parteien mitgetragen wurde. Wer aus körperlichen oder psychischen Gründen keine Arbeit mehr findet, steht nach diversen IV-Revisionen, die allesamt Abbauvorlagen waren, unter enormem Druck. Unlängst ist aufgefliegen, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen den kantonalen Stellen offenbar vorgibt, wie viele IV-Renten pro Einwohnerin und Einwohner gesprochen werden «dürfen». Das hat Folgen: Gutachterinnen und Gutachter, die möglichst wenig Beeinträchtigungen von kranken Arbeitnehmenden bestätigen, werden mit üppigen Honoraren belohnt. Mittlerweile hat Gesundheitsminister Alain Berset (SP) eine Untersuchung zu diesen Vorgängen eingeleitet.



ABHOLZEN: Die marktradikale Politik der Rechten versucht, die Errungenschaften des Sozialstaates zu fällen. FOTO: KEY

Dieser Sozialabbau in Zahlen: In der Mitte der 1990er Jahre gab der Staat pro erwerbslose Person noch rund 65 Prozent des Durchschnittslohnes aus. Jetzt sind es noch gerundete 50 Prozent.

2. Beispiel: Altersvorsorge

Die solidarische AHV war den Banken und Versicherungen immer ein Dorn im Auge. Denn das AHV-Renten-Geld verkehrt wegen des Umlageverfahrens nicht auf «ihrem» Finanzmarkt. Als die Einrichtung der AHV nicht mehr zu verhindern war, sorgten sie dafür, dass die Renten möglichst tief bleiben. Einen wirklich grossen Rückschlag erlitt die Finanzindustrie bei diesem Unterfangen eigentlich nur einmal: 1972 beschloss das Parlament die Verdoppelung der AHV-Renten. Und zwar einstimmig. Die Höhe der AHV-Renten war danach im Verhältnis zum Lohn höher als heute. Doch statt weiter auf die Altersvorsorge AHV

zu setzen, die das beste Preis-Leistungs-Verhältnis bietet, wurde auf Druck der Finanzindustrie die sogenannte zweite Säule obligatorisch gemacht. Die Pensionskassen finanzieren sich nicht im stabilen Umlageverfahren wie die AHV, sondern spekulieren mit den Geldern der Versicherten im internationalen Finanzcasino. Und: die Banken und Versicherungen kassieren kräftig mit am Vorsorgegeld der Lohnabhängigen.

In den vergangenen Jahren zeigte sich immer deutlicher, wie wacklig dieses System ist. Obwohl die Beiträge immer höher steigen, sinken die Renten immer rascher. Banken und Versicherungen sind die Krisengewinnlerinnen. Sie verkaufen sogenannte Säulen-3a-Produkte, an denen sie prächtig verdienen. Und die in erster Linie ein Steuersparmodell für Gut- und Bestverdienende sind. Lohnabhängige mit kleinen Einkommen haben schlicht kein Geld, gross in die Säule 3a einzuzahlen. Sie brauchen das Einkommen für die laufenden Ausgaben. Zum Beispiel für die explodierenden Krankenkassenprämien.

workfrage: Immer tiefere Renten. Was tun?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Dieser Sozialabbau bedeutet konkret: Der Anteil am bisherigen Lohn, den AHV- und BVG-Renten abdecken, sinkt. Die Rentnerinnen und Rentner haben weniger Geld im Portemonnaie. Die Altersarmut steigt, während die Reichen immer reicher werden.

Die ganze Studie kann hier heruntergeladen werden: rebrand.ly/sgb-studie. Es lohnt sich!

Das neue SGB-Programm:

Offensiv für die Solidarität

Bessere Renten, höhere Löhne und fairere Arbeitsbedingungen. Dafür kämpfen die Gewerkschaften in den Betrieben, im Bundeshaus und auf der Strasse.

In den vergangenen neoliberalen Jahrzehnten konnten die Gewerkschaften und die progressiven Kräfte die grössten geplanten Kahlschläge der Rechten und der Marktradikalen verhindern und abschwächen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich weder die SP noch die Grünen auf die Abwege begaben, auf den sich etwa ihre bundesdeutschen Namensvetterinnen bewegten. SPD-Kanzler Gerhard Schröder liess sich dafür feiern, «den grössten Tieflohnsektor Europas» geschaffen zu haben. Und seine grünen Mitregierenden freuten sich mit. Die Folgen dieser sogenannten Agenda



«Sozialpartnerschaft ist das Resultat jahrelanger Kämpfe.»

UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA

2020 waren und sind verheerend. Trotzdem ist die Entsolidarisierung auch in der Schweiz auf dem Vormarsch. «In schleichender Form», sagte SGB-Präsident Pierre-Yves Mailard bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Schwerpunkte für das laufende Jahr.

Auf der bundespolitischen Ebene heisst das:

- Die Gewerkschaften bekämpfen die SVP-Kündigungsinitiative, die sich ausdrücklich gegen den Lohnschutz der flankierenden Massnahmen stellt.
- Der SGB lanciert im März die Initiative für einen AHV-Dreizehnten.
- Und der SGB setzt sich für den BVG-Kompromiss der Sozialpartner ein. Dieser verbessert die Lage der Frauen, der Teilzeitarbeitenden und der unteren Einkommen.
- Der SGB wehrt sich gegen jede Verwässerung der Überbrückungsrenten für ältere Arbeitslose.

In den Branchen heisst das: Die Gewerkschaften kämpfen

- für mehr und bessere allgemeinverbindliche GAV,
- für verbindliche Mindestlöhne in allen Bereichen,
- für wirksame flankierende Massnahmen.

Unia-Chefin und SGB-Vizepräsidentin Vania Alleva sagt: «Diese institutionelle Solidarität wird uns nicht geschenkt werden. Sie ist uns noch nie geschenkt worden. Sie ist das Resultat langer sozialer Kämpfe, die die Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitnehmenden geführt haben und noch führen müssen.» Auch auf der Strasse. Zum Beispiel im September mit einer nationalen Lohndemo. (cs)

Neue spanische Regierung «Barbarisch!»

Es war eine monatelange Zangengeburt, aber jetzt ist sie da, die linke spanische Koalitionsregierung. Die sozialdemokratische PSOE und die sozialbewegte Podemos haben sich zusammengerauft. Inhaltlich war dies nicht schwierig – die beiden Parteien haben viel gemeinsam. Das 50seitige Dokument ist wohl seit langem das stärkste linke Regierungsprogramm in Europa: gute Arbeit für alle, mehr soziale Sicherheit, Ausbau der Rechte der Frauen, der Regionen, ökologischer Umbau



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

und Wirtschafts- und Industriepolitik bilden ein zusammenhängendes Paket.

HÖHERER MINDESTLOHN. Die Gewerkschaften haben Geburtshilfe geleistet, das ist deutlich: Die Regierung will konkret die vor acht Jahren erfolgte Deregulierung des Arbeitsrechts rückgängig machen – der Kündigungsschutz wird damit verstärkt. Auch die Verschlechterung bei den Renten wird wieder aufgehoben.

Den Gewerkschaften und der Linken steht kein Spaziergang bevor.

Stark erhöhen will die Regierung den gesetzlichen Mindestlohn, von heute 900 Euro schrittweise auf 1200. Weitere Punkte im Regierungsprogramm sind: mehr Rechte in den Kollektivverträgen für die Gewerkschaften, Kampf dem Sozialdumping, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Gesicht dieser Politik ist Yolanda Diaz. Sie stammt aus einer Gewerkschaftsfamilie, war Anwältin von Arbeiterinnen und Arbeitern, vertrat misshandelte Frauen. Zuletzt war sie bei den Protesten der Kellys, der streikenden Zimmerfrauen, solidarisch dabei (siehe Seite 12). Jetzt wird Yolanda Diaz Arbeitsministerin – zum Schrecken der Arbeitgeber, für die sie «viel zu radikal» ist.

RIESIGE GEGENKRÄFTE. Die Gewerkschaften dagegen sind hochofrent. Was sie in den letzten 10 Jahren gefordert hatten, steht nun im Regierungsprogramm. Aber aufgepasst, «Papier nimmt alles an», sagt Unai Sordo, Generalsekretär der Comisiones Obreras, der grössten spanischen Gewerkschaft. Er weiss, die Gegenkräfte sind in Spanien riesig. Und die Regierung hat im Parlament nur eine Wackelmehrheit. Der Arbeitgeberverband ist empört – «barbarisch» sei die Erhöhung des Mindestlohnes. Die rechte Opposition schreit, die neue Regierung bedeute «Chaos und Landesverrat». Die NZZ meldet «Alarm» bei den Investoren und Ratingagenturen. Die Regierung wolle mehr investieren statt sparen – welch ein Graus!

UNIA online



Klimaerhitzung, wie weiter?

Politik und Gesellschaft müssen jetzt handeln, um unser Klima, unseren Planeten und unsere Lebensgrundlage zu retten – auch in der Arbeitswelt. Welche Ansätze verfolgen wir als Gewerkschaft? Darüber berichten wir laufend unter:

www.unia.ch/klima

Ausländerstimmrecht nimmt im Kanton Zürich erste Hürde

Was Zürich will, hat der Jura schon längst

Bürgerliche sehen beim Ausländerstimmrecht rot. Doch bereits 600 Gemeinden haben dazu grünes Licht gegeben, teils schon vor Jahren. Jetzt wagt auch Zürich einen neuen Anlauf.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Was für die Deutschschweiz revolutionär anmutet, ist in der Westschweiz schon fast flächendeckende Normalität (siehe Grafik) – und das teilweise seit 40 Jahren: das kommunale Wahl- und Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Jetzt ist auch der Zürcher Kantonsrat bereit, darüber zu beraten. Konkret sollen Zürcher Gemeinden die Möglichkeit erhalten, ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Bedingung wäre, dass diese mindestens seit zwei Jahren in der Gemeinde wohnen.

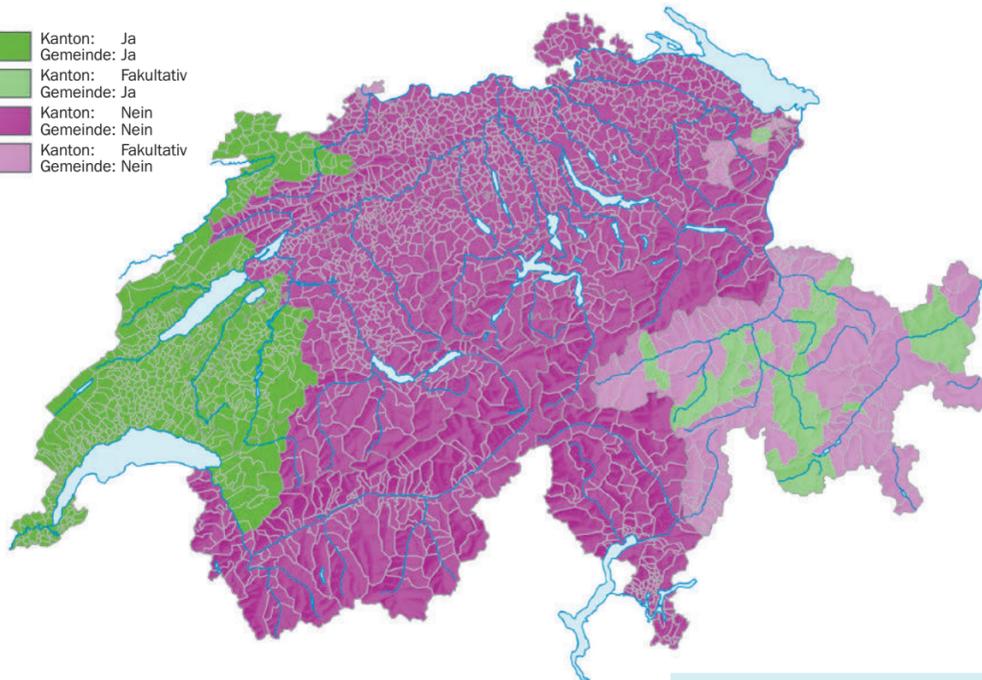
Schweizweit können Menschen ohne Schweizer Pass bereits in rund 600 Gemeinden wählen, stimmen und selbst gewählt werden. Als erster Kanton hat der Jura das kommunale Wahlrecht 1979 eingeführt. Seit Anfang der nuller Jahre gilt das auch für die Waadt, Genf und Freiburg. In den Kantonen Jura und Neuenburg sogar bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen.

BERGLER MACHEN'S VOR

Die Deutschschweiz hinkt beim Ausländerstimmrecht hinterher – mit drei Ausnahmen: In Basel-Stadt (2005), Graubünden (2003) und Appenzell Ausserrhodens (1995) können Gemeinden Ausländerinnen und Ausländer wählen lassen. Basel-Stadt nimmt die Möglichkeit bisher nicht wahr.

Anders im Kanton Graubünden: Dort können sich Ausländerinnen und Ausländer bereits in über 20 Gemeinden aktiv an den politischen Prozessen beteiligen. So auch in Vals. Die Berggemeinde

Kanton: Ja
Gemeinde: Ja
Kanton: Fakultativ
Gemeinde: Ja
Kanton: Nein
Gemeinde: Nein
Kanton: Fakultativ
Gemeinde: Nein



RÖSTIGRABEN IN SACHEN DEMOKRATIE: Die Westschweiz kennt fast flächendeckend das Ausländerstimmrecht, in der Deutschschweiz nur einige Gemeinden ganz im Osten. GRAFIK: BFS

hat das Ausländerstimmrecht 2012 eingeführt, im Rahmen einer Verfassungsrevision. Gemeindepräsident Stefan Schmid sagt: «In

«Die Einführung des Ausländerstimmrechts war nie umstritten.»

DOROTHEA ALTHERR, GEMEINDEPRÄSIDENTIN TROGEN

Vals hat es im Vergleich mit anderen Berggemeinden viele Ausländerinnen und Ausländer, da wir viele Arbeitsplätze haben.» Deshalb sei es auch richtig und wichtig, dass diese sich politisch einbringen könnten. Insbesondere bei Themen, bei denen es um ihre Arbeitsbereiche gehe, würden sie dies auch rege tun, sagt Schmid.

Appenzell Ausserrhodens, der Kanton, der das Frauenstimmrecht erst 1989 einführte, ist beim Ausländerstimmrecht progressiver. In vier Gemeinden dürfen Erwachsene ohne Schweizer Pass bereits politisch mitbestimmen: in Wald, Trogen, Rehetobel und Speicher. In

Trogen gilt das Ausländerstimmrecht seit 2004. Gemeindepräsidentin Dorothea Altherr sagt: «Die Einführung war nie umstritten.» Sie sehe die Mitsprache von Ausländerinnen und Ausländern als Bereicherung für ihre Gemeinde. Und wer sich engagiere, solle auch mitbestimmen können. Doch nur wenige Ausländerinnen und Ausländer würden ihr Wahl- und Stimmrecht auch wirklich wahrnehmen, zurzeit seien es nur zehn Prozent, so Altherr.

STEINIGER WEG

Das kommunale Ausländerstimmrecht bringt das Fundament der Schweiz also nicht ins Wanken. Und doch: In Zürich haben die Stimmenden dieses Anliegen bereits zweimal bachab geschickt. 1993 sagten rund 75 Prozent Nein, 2013 ebenso. Auch dem neuen Vorstoss steht ein steiniger Weg bevor: Nun beugt sich die Rechtskommission über die Vorlage, bevor sie ein zweites Mal ins Parlament kommt – und dann vors Volk.

Stimmrecht für Ausländer: Wen würden sie wählen?

Bei der Diskussion ums Ausländerstimmrecht kommt zwangsläufig die Frage auf: Wer würde von diesen Neuwählerinnen und Neuwählern profitieren? Politikwissenschaftler Oliver Strijbis im Onlinemagazin «Defacto»: «Wenn Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz wählen und abstimmen dürften, würde sich insgesamt wenig an den Resultaten ändern.»

TIEFE WAHLBETEILIGUNG. Sogar zur Masseneinwanderungsinitiative hätten sie gleich oft Ja gesagt wie Schweizer Stimmende. Und je nach Herkunftsregion unterschieden sich die politischen Sympathien, schreibt Strijbis. Personen aus Afrika oder Ex-Jugoslawien tendieren eher zu linken Parteien. Personen mit osteuropäischem Hintergrund wählen hingegen eher Mitte-Rechts. Allerdings sei die Wahlbeteiligung unter Ausländern und Ausländerinnen niedriger als unter den Schweizerinnen und Schweizern. (asz)

Asbest-Verarbeitung dauert in Asien an, dabei gibt es preiswerte Alternativen Wie viele Tote braucht es noch?

In der Schweiz ist Asbest längst verboten. Aber nicht so in Asien. Auch wegen Schweizer Steuergeldern.

RALPH HUG

Noch heute sterben in der Schweiz bis zu 120 Betroffene pro Jahr an Krebs durch Asbest. Und dies dreissig Jahre nach dem Verbot dieses gefährlichen Baustoffs. Mittlerweile haben 160 Länder Asbest verboten. Nicht so in Asien: «Baufirmen verwenden dort Weissasbest nach wie vor in grossem Ausmass.» Das sagt Bernhard Herold, Programmverantwortlicher beim Hilfswerk Solidar Suisse. Dieses führt zusammen mit Vereinigungen von Opfern eine Kampagne für ein totales Asbestverbot in Asien.

Mit dabei ist auch die Unia. Präsidentin Vania Alleva hat Anfang Januar ein Schreiben an die Asiati-

sche Entwicklungsbank (ADB) geschickt. Die Unia will verhindern, dass die Bank weiterhin Infrastrukturprojekte finanziert, bei denen Asbest verwendet wird. Denn da sind auch Schweizer Steuergelder involviert. Pepo Hofstetter, der die Unia-Kampagne betreut, erklärt: «Die ADB lässt die Verwendung von verklebten Asbestzementplatten zu, wenn der Asbestgehalt weniger als 20 Prozent beträgt. Damit ermöglicht sie der Asbestindustrie, weiterzumachen wie bisher.» Dabei gibt es längst gleichwertige und preiswerte Alternativen,

SCHUTZLOS. Am schlimmsten ist die Lage in Bangladesch, vor allem in der hochgefährlichen Abwrackindustrie. Weitgehend ungeschützt atmen Arbeiter beim Zerlegen der alten Schiffe freierwandelndes Asbest ein (work berichtete: rebrand.ly/



HOCHGEFÄHRLICH: In der Abwrackindustrie sind Arbeiter ungeschützt Asbest ausgesetzt. FOTO: PUBLIC EYE

asbest-dossier). Arbeitsinspektoren lassen sich an den Stränden nur bei tödlichen Unfällen blicken. Die Firmen weigern sich, Krankheitskosten zu übernehmen, obwohl sie dazu verpflichtet wären. Gewerkschaften, NGO und Hinterbliebene von Opfern führen einen unglei-

chen Kampf gegen diese Missstände, die eigentlich der Staat beheben müsste.

Laut Herold von Solidar Suisse hat die briefliche Intervention bereits genützt: Die Entwicklungsbank zeigt sich bereit für Gesprä-

Baufirmen verwenden in Asien nach wie vor Asbest im grossen Stil.

che. Im Mai soll an der nächsten Generalversammlung in Südkorea ein Workshop zum Problem stattfinden. Hingegen steht eine Reaktion vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in Bern noch aus. Botschafter Raymond Furrer vom Seco wirkt bei der ADB als Schweizer Gouverneur. Er soll sich aktiv für ein Asbestverbot einsetzen, so die Forderung.

Gewerkschafterin Mine Çetinkaya plangt auf Asylentscheid

Bomben über Cizre

Sie kämpfte für Demokratie und ein besseres Arbeitsrecht in der Türkei. Dann musste Lehrerin Mine Çetinkaya in die Schweiz fliehen.

PATRICIA D'INCAU

Izmir, 28. Mai 2009. Es ist noch dunkel, als die Militärpolizei vor einem kleinen Haus hält. Lehrerin Mine Çetinkaya erinnert sich: «Um vier Uhr morgens läutete es an der Tür. Noch halb im Schlaf machte ich auf.» Dann stürmen bewaffnete Männer das Haus. Çetinkaya weiss sofort: Es geht darum, dass sie Gewerkschafterin ist.

Mine Çetinkaya ist in der regionalen Leitung der Lehrer-gewerkschaft Eğitim-Sen aktiv. Mit 150 000 Mitgliedern ist sie eine der grossen unabhängigen Gewerkschaften der Türkei und Teil des Gewerkschaftsbunds der öffentlichen Angestellten (KESK). Sie gilt als links und regierungskritisch. Viele Mitglieder sind Kurdinnen und Kurden, auch Çetinkaya. Immer wieder bekommen sie deshalb Vorladungen: «Normalerweise wurdest du verhört und konntest wieder gehen», sagt die Lehrerin. Doch dieses Mal ist es anders. Mehr als 34 führende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden an diesem Morgen verhaftet, 22 kommen in Untersuchungshaft.

IM GEFÄNGNIS

Der Vorwurf des Staatsanwalts: Ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten würden illegalen Gruppierungen dienen. Gemeint ist der Bund der kurdischen Bewegungen KCK. Für Çetinkaya ist klar, dass das ein Vorwand ist: «Die Regierung will die linken Gewerkschaften zerschlagen.» Denn die Opposition gegen die Regierungspartei AKP und ihren Chef Recep Tayyip Erdoğan ist gewachsen. Wer gegen ihn ist, lebt nun noch gefährlicher (siehe Kasten unten).

Die Militärpolizei führt Gewerkschafterin Çetinkaya ab. Sie fahren zur Schule, in der sie arbeitet: «Sie zwangen mich, mit ihnen durch die Gänge zu gehen. Meine Kol-

Türkei: Krieg und Ausnahmezustand

Mit seinem Angriffskrieg auf Nordsyrien Anfang Oktober löste der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan eine internationale Protestwelle aus. Erdoğan's Ziel: die kurdischen Gebiete zu zerstören und die Menschen zu vertreiben (work berichtete). Doch auch innerhalb der Türkei treibt Erdoğan seit Jahren eine politische «Säuberung» voran, um die eigene Macht zu zementieren.

150 000 ENTLASSENE. Ein Grossteil der Opposition sitzt inzwischen im Gefängnis, kritische Medien gibt es nicht mehr. Und: Mehr als 20 Gewerkschaften wurden verboten, das Streik- und Arbeitsrecht eingeschränkt. Nach dem gescheiterten Putsch des Militärs 2016 verhängt Erdoğan den Ausnahmezustand. Justiz und Parlament werden weitgehend ausgeschaltet und 150 000 Staatsangestellte aus dem Bildungs-, Justiz-, Sicherheits- und Gesundheitsbereich entlassen. Wegen angeblicher Terrorverbindungen. Mehr als 70 000 von ihnen sitzen in Haft. (pdi)



MINE ÇETINKAYA: Die Kurdin wurde in der Türkei zu über 6 Jahren Gefängnis verurteilt – weil sie Gewerkschafterin ist. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

leginnen und meine Schüler sollten sehen: Das hier ist eine gefährliche Frau.»

Vier Tage wird Çetinkaya in der Kaserne verhört. Schliesslich wird sie ins Frauengefängnis gesperrt. Acht Frauen sitzen in einer Zelle, die eigentlich für drei gedacht ist. Sie alle sind Lehrerinnen, Krankenschwestern, Staatsangestellte. Und immer wieder werden die Frauen von den Militärs schikaniert.

ERDOĞANS RACHE

Nach 6 Monaten kommt sie frei. «Als wir dem Richter vorgeführt wurden, sass ich im Saal auch die Präsidentinnen und Präsidenten europäischer Gewerkschaften». Çetinkaya ist sich sicher: Diese Solidarität hat gewirkt. Doch Freilassung hin oder her: Das Verfahren gegen sie läuft weiter.

Suruç, 20. Juli 2015. Eine Bombe explodiert im kurdischen Kulturzentrum in der türkisch-syrischen Grenzstadt Suruç. 34 Jugendliche sind tot, über 70 weitere schwer verletzt. Der Anschlag wird der Terrormiliz IS zugeschrieben. Und der türkische Staat wäscht seine Hände in Unschuld. Obwohl die oppositionelle Zeitung «Cumhuriyet» gerade publik gemacht hat, dass er den IS in Syrien mit Waffen versorgt.

Im Südosten der Türkei rufen ganze Städte die Selbstverwaltung aus. Hier leben vor allem Kurdinnen und Kurden. Erdoğan's Rache kommt prompt: Er verhängt Ausgangssperren, schickt Polizisten und Militärs. Panzer fahren durch die Strassen, die Menschen verstecken sich in ihren Kellern, die Versorgung mit Lebensmitteln wird gekappt. Çetinkaya: «Wir wussten, dass dort Mütter mit kleinen Kindern und ältere Menschen seit Tagen ohne Essen und Wasser waren.»

Also rufen linke Gewerkschaften und Parteien in der türkischen Hauptstadt Ankara zu einer nationalen Friedensdemonstration auf. Auch Çetinkaya nimmt teil. Plötzlich explodieren zwei Bomben, über hundert Menschen sind tot. 28 vom Gewerkschaftsbund KESK.

DER PROZESS

Danach reist Çetinkaya in die belagerten Gebiete. Als Mitglied einer Delegation des türkischen Menschenrechtsvereins IHD will sie den notleidenden Menschen helfen. Ihr Ziel: die belagerte Stadt Cizre. Doch niemand wird durchgelassen. Dann beschiesst das Militär die Stadt mit Bomben. Mehr als 100 Zivilistinnen und Zivilisten sterben in den Kellern von Cizre. Der Horror verfolgt Çetinkaya bis heute: «Ich habe die Stimmen dieser Menschen gehört, am Telefon! Sie wollten Hilfe. Aber ich konnte nichts tun!»

Izmir, 23. Mai 2017. Mine Çetinkaya wird schuldig gesprochen. Zusammen mit 21 weiteren Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Die Strafe: sechs Jahre und

Ihre Anklageschrift umfasst wahnwitzige 5000 Seiten. drei Monate Gefängnis. Ihre Anklageschrift umfasst wahnwitzige 5000 Seiten: «Vieles war wahllos zusammenkopiert», sagt die Lehrerin.

Rechtlich spricht laut ihren Anwälten nichts für eine Verurteilung, doch: «Das Verfahren war politisch motiviert.»

Jetzt drängen Çetinkaya's Freunde sie, sofort die Türkei zu verlassen. In den Gefängnissen wird gefoltert. Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte berichtet von Elektroschocks, sexuellen Übergriffen und davon, dass Gefangene in kaltes Wasser getaucht werden, bis kurz vor dem Ertrinken.

Çetinkaya flieht. Ein kleines Plasticboot bringt sie nach Griechenland, wo sie einen Monat in einem Flüchtlingscamp lebt. Dann schafft sie es über den Landweg in die Schweiz. 2 Jahre, 5 Monate und 28 Tage ist Mine Çetinkaya jetzt hier. Sie zählt die Tage. Als Unia-Mitglied führt sie ihre Gewerkschaftsarbeit weiter. Doch ihr Asylentscheid ist noch immer hängig.



la suisse existe
Jean Ziegler

ARMUT IN DER SCHWEIZ

Vom deutschen Soziologen Max Horkheimer stammt der Satz: «Reichtum ist unterlassene Hilfeleistung.» Armut ist – wo immer sie auftritt – ein Problem der Verteilung. Saad Alfarargi ist Sonderberichterstatter der Uno für das Recht auf Entwicklung. Er besuchte zwischen dem 24. September und dem 2. Oktober letzten Jahres die Schweiz. Sein

«Reichtum ist unterlassene Hilfeleistung.»

MAX HORKHEIMER

Bericht liegt jetzt beim Bundesrat für dessen Stellungnahme zu Händen des Uno-Menschenrechtsrates.

Alfarargis Bilanz: In der Schweiz leben 615 000 Personen unter dem gesetzlich festgelegten Existenzminimum. Und 1,2 Millionen sind vom Absturz in die Armut bedroht.

WER SIND DIE OPFER? Alfarargi erstellt akribisch die Liste: Alleinerziehende Mütter mit drei oder mehr Kindern und schwacher beruflicher Ausbildung sind unter den ersten Opfern. Die horrenden Mieten als Folge der wild wütenden Immobilienpekulation und die unablässig steigenden Prämien der Krankenkassen lasten schwer auf den Familienbudgets. Wegen der ungebrochenen Macht der grossen Unternehmen in Handel und Industrie bleibt die Schweiz in Europa eine für die Armen verheerende Hochpreisinsel.

Hugo Fasel, Ex-Nationalrat und vormaliger Chef der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist heute Direktor der Caritas. Er ist ein echter Gewerkschafter, klug, geduldig, unbeirrbar in seiner Verteidigung der Armen. Voller Zorn wettet er gegen die Gleichgültigkeit der Behörden und das jämmerliche Desinteresse der öffentlichen Meinung und der grossen Presse gegenüber dem Problem der Armut in der Schweiz.

Am 2. Dezember letzten Jahres veröffentlichte Caritas Schweiz eine erschreckende Bilanz unter dem Titel: «Die Schweiz darf die Kinderarmut nicht tolerieren.» Das Hilfswerk analysiert Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Danach lebten 2019 in unserem Land 103 000 von Armut betroffene Minderjährige (Menschen unter 18 Jahren).

Marianne Hochuli von Caritas beschreibt die konkreten Folgen der Armut für Kinder: Die ständige Existenzangst der Familie verhindert häufig ihre normale geistige Entwicklung. Arme Kinder fühlen sich täglich gedemütigt, können nicht an kostenpflichtigen Aktivitäten in der Schule, zum Beispiel an Skilagern, teilnehmen. Ihre Ernährung ist häufig ungenügend und ungesund.

DER SKANDAL. Auf der anderen Seite ist die Schweiz pro Kopf der Bevölkerung heute das reichste Land der Welt. Der Reichtum je erwachsene Person stieg seit dem Jahr 2000 um 144 Prozent. Dabei ist die Ungleichheit himmelschreiend: Drei Prozent der Bevölkerung besitzen 73 Prozent des Volksvermögens. Und diese Reichen werden immer reicher, was im wesentlichen Folge der florierenden Aktienkurse und eines archaischen Steuersystems ist, mit einer lächerlich tiefen Vermögenssteuer und steuerfreiem Kapitalgewinn. Die Kinderarmut ist ein nicht hinzunehmender Skandal. Durch energische Massnahmen muss sie eliminiert werden. Dazu wäre mit mehr Steuergerechtigkeit Geld genug da.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** (siehe Seite 13).



DEMO GEGEN MIETENWAHNSINN: In den letzten zehn Jahren stiegen die Mieten in Berlin um 70 Prozent. FOTO: KEYSTONE

Heftige Wohnungskrise im boomenden Berlin Die Mieten deckeln

In Berlin geht jeder zweite Euro für die Miete drauf. Jetzt reagiert die Stadtregierung mit einem strengen Gesetz. Und löst damit doch nur einen Teil des Problems.

JONAS KOMPOSCH

Am Brandenburger Tor in Berlins Mitte ist schon so manche Demonstration vorbeigezogen. Doch einen derart grossen Umzug wie jenen vom 9. Dezember hat die deutsche Hauptstadt schon lange nicht mehr erlebt. Da waren vornehmlich Damen in Pelzmänteln, die unaufrichtig in ihre Trillerperlen pusten. Da waren befrackte Herren, die ohne jedes Rhythmusgefühl auf Abfallerimer einhämmerten. Und da waren Geschäftsleute in Gelbwesten, die mit Plastic-Klatschhänden wedelten und in Vuvuzelas tröteten, sobald sie im Fokus einer Fernsehkamera standen. Die da so unbeholfen den Aufstand probten, waren Wohnungsvermieter, Hauseigentümerinnen und Bauunternehmer. Sie sind dem Notruf der lokalen Immobilienlobby gefolgt, gemäss der die Stadt kurz vor der «Rückkehr zur sozialistischen Planwirtschaft» steht. «Aber», ruft ein Immobilienmanager von der Bühne herunter, «der Weg nach Nordkorea ist nichts für Berlin!»

DECKEL DRAUF

Verantwortlich für die apokalyptischen Visionen des Immokapitals ist der sogenannte Mietendeckel, den die linksgrüne Berliner Landesregierung im Oktober angekündigt hatte. Tatsächlich ist das Gesetz landesweit einmalig. Es verbietet nämlich fast ausnahmslos Mietzinsserhöhungen –

Berlin will Mietzinsserhöhungen verbieten.

und zwar für eine Dauer von mindestens fünf Jahren. Ausserdem sieht das Gesetz für sämtliche Wohnungskategorien Mietobergrenzen vor. Und wenn ein alter Mietvertrag 20 Prozent oder mehr über der neuen Obergrenze liegt, darf die Mieterin ganz einfach eine Preisenkung verlangen. Den Vermietern wiederum drohen Strafzahlungen von bis zu 500 000 Euro, etwa wenn sie illegale Wuchermieten kassieren.

Noch ist das Gesetz nicht in Kraft. Es braucht noch den Segen des Parlaments, der spätestens im Frühling erwartet wird. Allerdings könnte der Mietendeckel auch dann noch verhindert werden. So haben CDU und FDP der Immobranche versprochen, das

Gesetz vor dem Verfassungsgericht anzufechten. Und auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zeigte sich bereits empört und liess über seine Behörde verlauten, der Mietendeckel verstosse gegen die Eigentumsfreiheit und sei damit grundgesetzwidrig.

PREISEXPLOSION

So gefürchtet der Mietendeckel bei den Besitzenden, so beliebt ist er im Volk: Ganze 71 Prozent der Hauptstädterinnen und Hauptstädter stehen hinter dem Gesetz. Sogar die Mehrheit der CDU-Wählenden und auch 47 Prozent der FDP-Sympathisierenden wollen den Deckel. Die hohe Zustimmungsrate kommt nicht von ungefähr. Berlins Bevölkerung besteht zu 82,6 Prozent aus Mieterinnen und Mietern. Und diese müssen für ein Dach über dem Kopf immer tiefer in die Tasche greifen. Während die Mieten von 2009 bis 2019 deutschlandweit um 50 Prozent anstiegen, betrug die Erhöhung in Berlin satte 70 Prozent. Mit drastischen Folgen: Unglaubliche 46 Prozent ihres Einkommens müssen die Hauptstädter im Schnitt mittlerweile für die Miete hinblättern.

RENDITE-JÄGER

Diese Preisexplosion ist hauptsächlich auf das Verhalten von einigen milliardenschweren Immobilienkonzernen zurückzuführen. Sie konnten in der Privatisierungswelle der 1990er Jahre Tausende ehemals kommunale Wohnungen ergatteren – meist zu Spottpreisen. Und nun sehen diese Unternehmen im boomenden Berlin eine einzige Goldgrube und treiben mit einer aggressiven Mietsteigerungspolitik ihre Renditen in die Höhe. Resultat: Normal- und Geringverdienende werden zunehmend aus der Stadt verdrängt. Kein Wunder, brodelt es in Berlins Mieterschaft, die unter der Parole «Wir bleiben alle!» immer häufiger gegen den «Mietenwahnsinn» auf die Strasse geht und radikale Vorschläge macht: Im Juni 2019 haben 77 000 Personen ein Volksbegehren zur Enteignung grosser Immobilienkonzerne unterzeichnet. Das liess die Immobranche zwar heftig zittern. Doch eines ändert weder der Mietendeckel noch die Spezialisierung von Häusern: Der völlig vernachlässigte Wohnungsbau hinkt dem Bevölkerungswachstum weit hinterher. Diesem Problem wäre nur mit einer Neubauförderung von bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnungen beizukommen. So, wie das die Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands für die Schweiz fordert (siehe Interview rechts).

Wohnungsmarkt-Expertin Jacqueline Badran (59) schlägt Alarm:

«Die Mieten sind 40 Prozent zu hoch: So kann es nicht weitergehen!»

Auf dem Immobilienmarkt herrschen Renditewahn und Mietpreisspirale, sagt die schärfste Kritikerin der Immobilienlobby, die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran (59). Deshalb brauche es ein Ja zur Wohninitiative, über die wir am 9. Februar abstimmen.

RALPH HUG

work: Im Zürcher Seefeld muss man für eine Dreizimmerwohnung mit 125 Quadratmetern schon 7350 Franken hinlegen. Pro Monat!
Jacqueline Badran: Ich habe dieses Inserat auch gesehen. Wahnsinn!

Kein Einzelfall. Seit der Finanzkrise sind die Mieten in der Schweiz im Schnitt um 14 Prozent gestiegen, obwohl sie im gleichen Zeitraum hätten sinken müssen. Denn der Hypozins ist um mehr als die Hälfte gesunken, von 3,5 auf 1,5 Prozent. Was läuft schief auf dem Wohnungsmarkt?

Dieser Markt ist speziell. Alle müssen wohnen und brauchen Boden. Deshalb herrscht hier Zwangskonsum. Im Immobilienmarkt kann man maximale Renditen abschöpfen, weil wir alle ein Dach über dem Kopf brauchen. Wir müssen also zahlen und machen die Faust im Sack.

Der Anstieg der Mieten in letzter Zeit ist enorm. Warum dreht die Spirale unaufhörlich nach oben?

Vergessen Sie die Vermieterin oder den Vermieter, die ihre Mieterschaft noch persönlich kannten und Rücksicht nehmen konnten. Heute sind Immobiliengesellschaften im Vormarsch, die nur eines kennen: Ren-



FOTO: LINAK

JACQUELINE BADRAN FULMINANTE POLITIKERIN

Seit 2011 politisiert die 59jährige Zürcherin als SP-Nationalrätin. Ihre fulminanten Voten in den Debatten sind legendär. Die studierte Biologin und Ökonomin hat sich vor allem in der Wohn- und Bodenpolitik engagiert. In Zürich trug sie wesentlich dazu bei, dass die grösste Schweizer Stadt den genossenschaftlichen Wohnbau vorbildlich fördert. Sie ist Unternehmerin und gründete vor zwanzig Jahren die auf OnlineDienstleistungen spezialisierte Firma Zeix AG. Badran hat einen Flugzeugabsturz und einen Lawinenniedergang überlebt.

dite bolzen für die Aktionärinnen und Aktionäre. Iretwegen wird Wohnen immer teurer. Und zwar für alle, nicht nur für die Leute mit dem kleinen Portemonnaie.

Aber das Mietrecht sollte Mieterinnen und Mieter vor solchen Preisexplosionen doch schützen!

Tut es aber nicht. Unser Mietrecht basiert zwar auf dem richtigen Prinzip der Kostenmiete. Das heisst, Vermieterinnen und Vermieter dürfen ihre Kosten überwälzen plus eine angemessene, bescheidene Rendite erzielen. Die Rendite ist somit gedeckelt. Das Bundesgericht hat definiert, was angemessen ist: Hypozins plus 0,5 Prozent. Macht heute also 2 Prozent. Alles, was darüber liegt, ist illegal. Doch heute werden Renditen von 4 bis 6 Prozent eingefahren. Wir haben einen grossflächig illegalen Zustand im Wohnungsmarkt. Gemäss einer Raiffeisen-Studie liegen die Mieten um 40 Prozent über dem, was das Gesetz erlauben würde.

Wie konnte es so weit kommen?

Die Immobilienbranche konnte ihre Gewinninteressen ungebremt durchsetzen. Heute müssen die Mieterinnen und Mieter selber eine überhöhte Rendite einklagen. Früher war das anders.

Der Mietmarkt wirkt wie ein Staubsauger, der den Leuten das Geld aus der Tasche zieht.

Bis in die 1970er Jahre hinein gab es eine Mietpreiskontrolle. Vermieter, die zu viel heuschten, wurden belangt und mussten die Mieten senken. Sogar Bürgerliche waren für die Kontrolle. Weil nämlich die Unternehmer reklamierten, sie müssten ständig die Löhne erhöhen, damit ihre Mitarbeitenden die hohen Mieten bezahlen könnten.

Heute müssen alle Mieterinnen und Mieter selber kontrollieren, ob sie abgezockt werden, und sich dann wehren.

Was bekanntlich die wenigsten machen. Es ist auch eine Zumutung! Dieser Zustand ist, wie wenn man zwar Tempolimiten erlässt, aber keine Blechpolizisten aufstellt und darum keine Bussen verteilt. Dann fahren eben alle viel zu schnell, ist ja logisch.

Der Mietmarkt wirkt wie ein riesiger Staubsauger, der den Leuten das Geld aus der Tasche zieht. Gemäss Berechnungen sind es seit 1985 jedes Jahr 14 Milliarden Franken, die wir für überhöhte Renditen zahlen. Da sind gerade auch die Gewerkschaften in der Pflicht.

Wieso?

Was nützt denn eine einprozentige Lohnerhöhung, wenn die Mieten explodieren? Stets wird über die Krankenkassenprämien gejammert. Dabei ist die Miete in einem Haushalt der mit Abstand grösste Ausgabenposten. Und während wir für unsere teuren Prämien wenigstens ein gutes Hightech-Gesundheitswesen erhalten, kassieren die Immobilienhaie ihre Renditen völlig leistungslos ein.

Der Gewerkschaftsbund unterstützt ja die Wohninitiative des Mieterinnen- und Mieterverbands, über die wir am 9. Februar abstimmen. Was will sie?

Dass der Bund endlich etwas gegen diesen Skandal tut. Wir brauchen Instrumente wie das Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand oder Zonen für preisgünstiges Wohnen, damit gemeinnützige Bauträger vorwärtskommen können. Die Genossenschaften vermieten Wohnungen, die bis zu 25 Prozent günstiger sind als jene von kommerziellen Immobilienfirmen. Weil sie nämlich auf Profit verzichten und konsequent die Kostenmiete anwenden. Doch ihr Anteil am Wohnungsmarkt stagniert seit Jahren unter 5 Prozent. Das will die Initiative zu Recht schleunigst ändern.



Initiative: Für mehr bezahlbare Wohnungen

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterinnen- und Mieterverbands verlangt, dass 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen gemeinnützig in Kostenmiete erstellt werden sollen. Um dies zu erreichen, sollen die Gemeinden eine aktive Wohnpolitik betreiben und ein Vorkaufsrecht an Grundstücken erhalten. So können Genossenschaften im Baurecht günstige Wohnungen erstellen. Weiter will die Initiative verhindern, dass bei Sanierungen preisgünstige Wohnungen verloren gehen. Die Initiative wird von SP, Grünen, Gewerkschaftsbund sowie von den Genossenschaftsverbänden unterstützt. (rh)

Konkret soll jede zehnte neu gebaute Wohnung gemeinnützig und damit günstiger sein. Das sei unrealistisch, sagen die bürgerlichen Initiativgegner.

Im Gegenteil, es ist ein sehr moderates Ziel! Ist es einmal erreicht, wären ja 90 Prozent der Wohnungen immer noch in kommerzieller Hand. Es geht darum, den Marktanteil der gemeinnützigen Genossenschaften zu vergrössern. Nur so wird es mehr bezahlbare Wohnungen geben. Mit vielen Lügen im Abstimmungskampf versucht die Immobilienlobby, dies zu verhindern.

Zum Beispiel?

Die Rede ist etwa von «Verstaatlichung des Wohnungsmarkts». Blödsinn! Es geht darum, dass Bund, Kanton und Gemeinden endlich wieder eine aktive Wohnpolitik ma-

PRIVILEGIERTE LAGE: Wohnungen und Büroräume an der mondänen Europaallee in Zürich. FOTO: PETER BIALORZESKU/LAIF/KEYSTONE.SDA AUS SEINER SERIE «ZÜRICH DIARY»

chen. Das sei keine «Staatsaufgabe», behaupten die Gegner. Das Gegenteil ist wahr. Sie kennen offenbar unsere Verfassung nicht! Dort steht in Art. 41 klipp und klar, dass sich der Bund dafür einsetzt, dass Wohnungssuchende für sich und ihre Familien eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können. In Art. 108 steht ausdrücklich, dass der Bund die gemeinnützigen Wohnbauträger fördert. Und in Art. 109 steht, dass missbräuchliche Mieten mit zu hohen Renditen verboten sind. Wohnpolitik ist eine Staatsaufgabe mit gleich drei Verfassungsaufträgen.

Die grösste Lüge sind aber die angeblichen «Subventionen» an Genossenschaften. So betiteln die Gegner der Wohninitiative die Bundesbeiträge aus dem Fonds für den genossenschaftlichen Wohnbau. Doch das sind gar keine Subventionen, sondern verzinsliche, rückzahlbare Darlehen! Der Bund verdient sogar noch daran, weil er das Geld auf dem Kapitalmarkt billiger aufnehmen kann, als er es ausleiht. Es ist für ihn somit ein Geschäft, und zwar erst noch ein risikoloses. Es gab noch nie Ausfälle bei den Rückzahlungen.

Die Gegner sagen, die geplante Aufstockung dieses Fonds de roulement um 250 Millionen Franken reiche aus. Es brauche keine zusätzlichen Massnahmen. Schön war's! Der Fonds ist zwar ein Superinstrument für die Genossenschaften, damit sie mit wenig Kapital bauen können. Aber

das reicht bei weitem nicht. Vor allem die Gemeinden müssen viel aktiver werden. Dazu braucht es ein Vorkaufsrecht. Sie sollen geeignete Grundstücke aufkaufen können und diese im Baurecht an gemeinnützige Genossenschaften abgeben. So entstehen auf breiter Fläche günstige Wohnungen. Die Gemeinden profitieren davon gleich dreifach: Das Baurecht spült ihnen jedes Jahr einen Zins in die Kasse. Zweitens bleibt die Wertsteigerung des Bodens von jährlich 3 bis 6 Prozent im Volkswertmögen und landet nicht in privaten Taschen. Und drittens finanzieren diese Erträge auch noch die Investitionen, die bei allen Bauprojekten nötig sind. Hier liegen denn auch die wahren Subventionen!

Das müssen Sie uns erklären!

Die Immobilienbranche ist die am meisten subventionierte Branche im Land. Dagegen sind die Bauern Pipifax. Die öffentliche Hand investiert jedes Jahr Milliarden in Schulhäuser, Strassen, ÖV, Pärke und Infrastruktur. Das sind alles wertsteigernde Investitionen für die umliegenden privaten Immobilien. Ist ein Schulhaus um die Ecke, kann man mehr Miete verlangen. Wohnungen sind plötzlich doppelt so viel wert. Dafür sagt die Branche aber nie danke! Umgekehrt

fallen die Immobilienpreise sofort, wenn die öffentliche Hand nicht mehr investiert.

Grosse Wohnungsbestände gehören den Pensionskassen. In Basel warf die staatliche Pensionskasse bei einer Sanierung sogar ältere Mieterinnen und Mieter auf die Strasse, um die Rendite zu erhöhen. Die Rechtfertigung lautete, sie müsse halt die Renten ihrer Versicherten finanzieren. Muss sie das?

Ein Wahnsinn, der zeigt, wie absurd sich unser System mittlerweile entwickelt hat. Wir finanzieren mit überbeurten Mieten bürokratische Pensionskassen, die hohe Verwaltungskosten haben und erst noch 10 Prozent Gewinn aus dem Bruttoertrag ihrer Anlagen abschöpfen dürfen. Dabei sind moderate Mieten die beste Altersvorsorge. Machen Sie doch die Rechnung: In einer Genossenschaft zahlen Sie für die typfgleiche Vierzimmerwohnung 25 Prozent weniger als bei einem kommerziellen Vermieter. Sie zahlen also zum Beispiel 1500 statt 2000 Franken Miete pro Monat. Dadurch sparen Sie monatlich 500 Franken, jährlich 6000 Franken und in einem ganzen Arbeitsleben zu einem Prozent verzinzt etwa 300 000 Franken. Geld, das Sie fürs Alter auf die Seite legen können. Übersetzt heisst das nichts anderes als: Tiefe Mieten und eine gute AHV sind die beste Altersvorsorge, die es gibt. Wir müssen mit unserem sauer verdienten Geld wirklich nicht noch aufgeblähte Pensionskassen alimentieren.

Wohnkonzerne quetschen Mieter aus:

Rendite bolzen mit der Miete

Wohnungen werden immer mehr zur Ware. Mieterinnen und Mieter zahlen für die Renditen von Immobilienkonzernen, Banken und Versicherungen.

RALPH HUG

Früher waren Aktien heiss. Heute sind es Immobilien. Weil sich in der Finanzkrise von 2008 über Nacht Zigmilliarden in Luft auflösten, bevorzugten Anleger und Kapitalisten wieder den Grundbesitz als Kapitalanlage. Da ist die Rendite zwar kleiner, dafür sicher. Denn Mieterinnen, Gewerbler und Geschäftsinhaber zahlen immer. Und keine Liegenschaft löst sich in Luft auf. Das wissen die Grossen im Immobilienbusiness genau. Konzerne wie PSP Property, Swiss Prime Site, Mobimo, Allreal, Swiss Life oder die Immobilienfonds der Grossbanken UBS und

Immo-Lobby ist im Parlament so gut verankert wie die Krankenkassenlobby.

CS sind alle an der Börse kotiert. Ihre Ware muss Gewinn abwerfen. Und das sind die Wohnungen, in denen Menschen leben. Die Miete ist ihr Profit. Die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran sagt: «Diese Firmen quetschen den grösstmöglichen Ertrag aus den Liegenschaften heraus.» Und erst noch gesetzwidrig (siehe Interview links).

Die fünf grössten Schweizer Wohnkonzerne

Swiss Life	35 000 Wohnungen
Immofonds der UBS	30 550 Wohnungen
Pensimo	13 100 Wohnungen
Migros-Pensionskasse	13 100 Wohnungen
Immofonds der Credit Suisse	8 750 Wohnungen

QUELLE: ZAHLEN GEMÄSS SCHÄTZUNGEN DES MIETERINNE- UND MIETERVERBANDS SCHWEIZ.



SKANDAL-BANK: Für höhere Renditen geht die Credit Suisse besonders skrupellos vor.

Wohnkonzerne sind auf dem Markt seit 2000 im Vormarsch. Rücksichten kennen sie kaum. Besonders skrupellos geht die Skandalbank Credit Suisse vor, wenn es um höhere Renditen geht. Beispiele von jüngsten Massenkündigungen sind der Brunauapark in Zürich, der Schorenweg in Basel oder Fauquez-Rouvraie in Lausanne. An die tausend Betroffenen droht der Rausschmiss wegen Sanierung. Viele dieser Wohnungen sind nicht mal dreissig Jahre alt und keineswegs abbruchreif.

VERHINDERER. Die Immobilienlobby ist im Parlament bei FDP, SVP und CVP so gut verankert wie die Krankenkassen. Eine dringende Verschärfung des Mietrechts hat sie bisher erfolgreich verhindert. Letztes Jahr verlangte die Linke einen besseren Schutz für ältere Mieterinnen und Mieter. Vergeblich. Hierzulande können selbst Hundertjährige innert kurzer Zeit vor die Tür gesetzt werden. Das gibt es sonst nirgends in Europa.

Kontrollen: Ein Dauerkampf

Am 1. Januar stieg der Mindeststundenlohn in der Reinigungsbranche gemäss dem GAV, den der Arbeitgeberverband Allpura zusammen mit Unia, Syna und dem VPOD unterzeichnet haben, von 18.80 auf 19.20 Franken. Die Kontrollen der paritätischen Kommission (PK) sind herausfordernd in einer Branche mit 60'000 Beschäftigten allein in der Deutschschweiz, über 1000 Unternehmen mit mehr als 6 Beschäftigten und etwa 2500 kleineren Betrieben.

KONKURRENZ. Die Juristin Claudia Hablützel leitet die Geschäftsstelle der PK. Sie sagt, seit einem Jahr gingen die Kontrolleure in Zürich auch in die Hotels. Dabei seien sie in einen «Dauerkampf» um die Arbeitszeiten und die Anrechnung von Überstunden und die Anrechnung von Überstunden verwickelt. Das, meint Hablützel, sei die Folge von «unrealistischen Zeithorizonten», die die Firmen

Immer mehr Zimmer, immer weniger Zeit.



FOTO: MEY

ihren Leuten als Folge der Konkurrenz um Reinigungsaufträge vorschreiben. Sie müssten in ihren Schichten eine bestimmte Anzahl von Zimmern reinigen. Wenn sie dazu mehr als acht Stunden benötigten, verweigerten ihnen ihre Chefs die Anrechnung von Überstunden. Nur die «einigermaßen fairen» Unternehmen kalkultierten in ihren Vorgaben «ausserordentlichen Aufwand» für stark verschmutzte Zimmer ein.

WEITERBILDUNG. Besonderen Wert legt Hablützel auf die von der PK unterstützte Weiterbildung. Dazu gehören Deutschkurse, Fachkenntnisse und der Gesundheitsschutz. In einer Branche, die ein «Sammeltopf» für Leute sei, die «kaum andere Möglichkeiten haben», sei die Fluktuation allerdings sehr hoch. Schon deshalb sparten sich viele Firmen die Kosten für Weiterbildung. (ms)

Reinigungsfrau Valeria Fernandez (47) putzt in Hotels und Privathaushalten «Es gibt keine Schweizerin, die diese Arbeit machen würde»

Gerade die grossen Hotels kümmern sich nicht um die Putzkräfte, sie überlassen alles den Reinigungsfirmen. Und dort herrsche «das Gesetz des Dschungels». Das sagt die Spanierin Valeria Fernandez*, weil sie es täglich erlebt.

MICHAEL STÖTZEL

Ihren richtigen Namen will die Reinigungsangestellte nicht in der Zeitung lesen. Zu gefährlich, sagt sie. Sie möchte ihren Job nicht gefährden. Vor sechs Jahren verliess Valeria Fernandez ihre Heimat Spanien. Hier in der Schweiz hat sie gar nicht erst versucht, in einem Spital oder einem Altenheim eine Stellung zu finden. Fernandez: «Weil ich kein Deutsch kann, habe ich schon gewusst, dass ich hier bei null anfangen muss.» Zwei Monate nach ihrer Ankunft fand sie ihre erste Stelle, als Nanny bei einer schweizerisch-spanischen Familie. Mit Arbeitstagen bis zu 15 Stunden. In der Zeit musste sie den ganzen Haushalt bestreuen und auf die Kinder aufpassen. Als Lohn erhielt sie 1700 Franken.

DIE KELLYS MACHEN'S VOR

Lange hatte sie nicht mal richtigen Kontakt zu anderen spanischen Migrantinnen in ähnlicher Lage wie sie: «Ich war drei Jahre hier, bevor ich überhaupt wusste, dass es eine Gewerkschaft für uns gibt.» Dort lernte sie eine Spanierin kennen, die ihr zur Arbeit bei einer Reinigungsfirma verhalf, die in Hotels putzen liess. «Die meisten von uns finden auf so einem Weg, über persönliche Kontakte, die Stelle.» Heute sagt Fernandez, entscheidend für ihre Einstellung sei damals gewesen, dass sie als Migrantin nicht Deutsch sprechen konnte, alleine und arm war. Niemals habe sie im Verlauf ihrer Zeit im Hotel mit einer Schweizer Kollegin gearbeitet: «Es gibt keine Schweizerin, die diese Arbeit machen würde», ist sie überzeugt.

Kürzlich lernte sie bei einer Veranstaltung der Zürcher Unia Myriam Barros kennen, die Präsidentin von «Las Kellys» (benannt nach den Anfangsbuchstaben der Worte «las que limpian», diejenigen, die putzen). Diese Vereinigung von mittlerweile etwa 3000 Reinigerinnen spanischer Hotels brachte es innerhalb von drei Jahren nicht nur in Spanien zu erstaunlicher Berühmtheit. Es begann mit einer Facebook-

Seite, auf der gemäss Barros nach und nach um die zehntausend Frauen über ihre miserablen Arbeitsbedingungen klagten. Über immer mehr Zimmer, die sie in immer kürzerer Zeit putzen müssen, über Lohnbetrug, über Entlassungen bei Erkrankung oder Schwangerschaft, über grottschlechte Behandlung durch Putzfirmen und Hotelmanagement. Bald nannten sie auch die Hotels und deren Chefs beim Namen, organisierten vor den Häusern Proteste, schliesslich auch einen grossen Streik in den Ferienzentren am Mittelmeer (work berichtete: rebrand.ly/viel-zu-lange-still). Kellys-Chefin Barros bilanziert: «Mit einem schüchternen Stimmchen kommt man nicht durch.»

POLITISCHE ENTSCHEIDUNG

Danach berichteten auch grosse Zeitungen aus Britannien, Deutschland oder der Schweiz über sie. Durchweg mitfühlend, durchweg, weil ihnen bewusst war, dass sich die Frauen nicht grundlos beklagten. Nicht nur in Spanien, auch in der Schweiz wurden die Arbeitsbedingungen und die Tiefstlöhne zum Thema. Nur: wirklich verbessert hat sich bislang nichts.

Valeria Fernandez war beeindruckt von der Kompetenz der Kellys, Sie kannte die Klagen ihrer Kolleginnen in Spanien nur zu gut. Aber sie sagt auch: «Für mich war sehr überraschend, dass die Arbeitsbedingungen hier noch schlechter sind.» Anders als in Spanien würden die Frauen hier zwar gewerkschaftlich unterstützt.

«In meiner ganzen Zeit habe ich nie Kontrollen erlebt.»

dass es einen GAV der Reinigungsbranche gibt, aber Kontrollen habe ich in meiner Zeit nie erlebt» (siehe Spalte links). Fernandez: «Gerade die Manager der grossen Hotels kümmern sich nicht um uns, sie überlassen alles den Reinigungsfirmen. Da herrscht das Gesetz des Dschungels.»

Und das müssten auch die Behörden wissen. «Diejenigen, die uns in der Schweiz arbeiten lassen, wissen genau, dass wir nicht als Doktorinnen oder Professorinnen kommen, sondern als Putzkräfte. Es ist eine politische Entscheidung, solche Arbeitsbedingungen zuzulassen.»



KNOCHENJOB: Putzfirmen und Hotelmanagements behandeln Reinigerinnen oft grottschlecht. FOTO: GETTY

Skandal um Vergabe der Buslinien

Parlament stärkt Chauffeuren im Jura den Rücken

Im Kanton Jura gewinnen die Gewerkschaften eine wichtige Abstimmung. Aber Verkehrsminister David Eray bockt.

CHRISTIAN EGG

Das freut die Busfahrerinnen und -fahrer im Jura, die um ihre Jobs zittern: Das Kantonsparlament ist auf ihrer Seite. Es hat eine dringende Motion von SP-Ratsmitglied Nicolas Maître angenommen. Sie verpflichtet die Regierung dazu, die Gewerkschaften anzuhören bei der Vergabe der Buslinien.

STUR. Als erster Kanton überhaupt hat der Jura alle Buslinien öffentlich ausgeschrieben. Das Ziel: Kosten sparen. Das geht am besten bei den Personalkosten. Das Personal befürchtet Lohneinbussen von bis zu 30 Prozent. Denn eine GAV-Pflicht für Unternehmen fehlt in der Ausschreibung (work berichtete).

Jetzt sagt also das Parlament: So nicht. Die Chauffeurinnen und Chauffeure sollen faire Löhne be-

kommen. Schon zum zweiten Mal übrigens. Doch dem zuständigen Verkehrsminister David Eray von der Christlichsozialen Partei ist das egal. Er gab gleichentags bekannt: Das Bundesgesetz erlaube es nicht, die Motion umzusetzen.

Ein paar Wochen zuvor hatte Eray noch versucht, die Bedenken der Betroffenen zu zerstreuen. Und versprochen, die Löhne würden in den ersten zwei Jahren

Die Regierung muss die Gewerkschaften anhören.

nach der Vergabe nicht sinken. Vivian Bologna vom SEV, der Gewerkschaft des Verkehrspersonals, bleibt skeptisch: «Seine Äusserungen sind sehr vage und widersprüchlich.»

Klar ist nur: Für die Buslinien im Jura haben sich vier Firmen beworben, darunter mindestens eine ausländische. Die Regierung will im kommenden Herbst über den Zuschlag entscheiden.

Gastrosuisse spielt undurchsichtiges Spiel mit Mindestlöhnen Wirte torpedieren Gastro-GAV

Der Wirteverband Gastrosuisse trickst weiter. Jetzt will er womöglich sogar den GAV aufkündigen.

CHRISTIAN EGG

Mindestlöhne, 13. Monatslohn, 5 Wochen Ferien: Das und vieles mehr regelt der Landes-Gesamtarbeitsvertrag (L-GAV) für das Gastgewerbe. Über 200'000 Mitarbeitende profitieren davon. Doch jetzt ist seine Zukunft ungewiss. Weil der Wirteverband Gastrosuisse eine Kampagne gegen die kantonalen Mindestlöhne fährt.

SCHLUPFLOCH. Neuenburg und Jura kennen seit 2017 einen gesetzlichen Mindestlohn. Und in den Kantonen Basel, Genf und Tessin sind Volksinitiativen der Gewerkschaften mit dem gleichen Ziel hängig. Weil gewisse Branchen sich gegen GAV sträubten, beschritten die Gewerkschaften den politischen Weg, um Mindestlöhne einzuführen. Doch Gastrosuisse will, dass allgemeinverbindliche Verträge wie der L-GAV die

gesetzlichen Mindestlöhne unterbieten dürfen. GAV-Regelung vor gesetzlicher Regelung also. Die Ge-



SCHLECHTER SERVICE: Wirte wollen Lohnschutz schleifen. FOTO: ISTOCK

werkschaften müssten zu diesem Schlupfloch Ja sagen, so der Verband. Sonst verhandle er nicht über eine Weiterentwicklung des GAV (work berichtete).

WILDWEST. Doch damit nicht genug: Jetzt bekennen sich die Wirte nicht einmal mehr zu einer Fortführung des heutigen GAV. Diesen hat der Bundesrat bis Ende 2020 für allgemeinverbindlich erklärt. Jetzt muss-

ten die Sozialpartner gemeinsam eine Verlängerung beantragen. Doch Gastrosuisse zielt sich.

Für Mauro Moretto von der Unia ist klar, was das heisst: «Gastrosuisse behält sich die Möglichkeit offen, den GAV aufzukündigen.» Das wäre erstmals diesen Juni möglich. Dann würde ab 2021 ein vertragsloser Zustand herrschen. Keine Mindestlöhne, kein Dreizehnter, nix.

Klar ist: Im Dezember hat der Ständerat die Motion Baumann abgelehnt. Der Urner CVP-Ständerat wollte das Gastrosuisse-

Ständerat lehnt Angriff auf Mindestlöhne ab.

Prinzip «GAV können kantonale Mindestlöhne unterbieten» im Gesetz verankern. Doch anstatt den Entscheid des Ständerates zu akzeptieren, will Gastrosuisse jetzt «weitere Schritte prüfen». Das verheisst nichts Gutes.

Unia-Petition «Verhandlungen statt Blockade»: jetzt unterschreiben!
rebrand.ly/gastro-petition

Neues Ziegler-Buch: Flüchtlinge, Waffengeschäfte und Verbrechen

Flüchtlingslager sind die Schande Europas

Stinkendes Essen, Kälte und endloses Warten: So quälen EU-Behörden und griechische Militärs die Menschen im Flüchtlingslager Moria, schreibt Jean Ziegler in seinem neuen Buch.

MICHAEL STÖTZEL

Sarah Mardini, eine junge Syrerin, versuchte 2015 zusammen mit ihrer Schwester und weiteren Flüchtlingen, in einem Schlauchboot die Meerenge zwischen der türkischen Küste und der griechischen Insel Lesbos zu überqueren. Bald setzte der Motor aus, das Boot trieb steuerlos dahin. Sarah und ihre Schwester, beide sehr gute Schwimmerinnen, sprangen ins Wasser und zogen das Boot bis zur Insel. Sie hatten Glück und erhielten Flüchtlingsstatus in Deutschland. Sarah begann ein Studium in Berlin. In den Semesterferien flog sie zurück nach Lesbos und beteiligte sich an der Rettung von Flüchtlingen, die in Seenot geraten waren. Kurz vor ihrer Rückkehr nach Berlin verhaftete sie die griechische Polizei. Weil sie auf ihrer eigenen Flucht andere Flüchtlinge gerettet hatte, wurde sie jetzt als Menschenhändlerin angeklagt. Ende 2019 war das Verfahren gegen sie noch nicht abgeschlossen.

ABSCHRECKEN, VERTREIBEN

Sarahs tragisch-absurde Geschichte erzählt Jean Ziegler in seinem neuen Buch, «Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten». Im Mai des letzten Jahres war er im Auftrag der Uno nach Lesbos geflogen, um das Flüchtlingslager Moria zu besuchen. Zieglers Schilderungen der völlig überfüllten Lager sind erschütternd, so grauenhaft sind die Bedingungen dort. Das haben inzwischen Journalistinnen und NGO-Vertreter wiederholt bestätigt. Diese versuchen, das Leben der Flüchtlinge im Lager Moria etwas erträglicher zu machen. Mit geringem Erfolg. Die Flüchtlinge



GRAUENHAFT: Die Bedingungen im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind unerträglich. FOTO: KEYSTONE

werden in Nässe, Kälte und Schlamm gefangen gehalten, sie haben kaum Möglichkeiten, sich zu waschen, bekommen stinkendes Essen vorgesetzt und müssen monatelang darauf warten, zu ihrem Asylgesuch auch nur angehört zu werden. Ziegler ist wie viele andere Besucherinnen und Besucher

Die EU verstösst gegen das Völkerrecht und die Flüchtlingskonvention.

des Lagers davon überzeugt, dass die Grenztruppen und Asylbeamten Hand in Hand mit korrupten griechischen Militärs, denen die ehemalige Kaserne Moria untersteht, dies ganz bewusst so machen, um andere davon abzuhalten, ihrerseits auf die Insel zu flüchten. Was nicht funktioniert: Der Terror in Afghanistan, die Bomben im syrischen Idlib oder der Hunger in Ostafrika zwingen die Opfer, ihre Heimat zu ver-

lassen und in Europa ein Auskommen zu suchen. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) erklärte kürzlich, dass allein im letzten Jahr bis zum 22. Dezember 73 377 Menschen aus der Türkei nach Griechenland kamen. In den 2015 auf Lesbos und vier anderen Inseln eingerichteten Erstaufnahmezentren drängen sich statt der geplanten 7500 mittlerweile 42 000 Menschen.

RÜSTUNGSINDUSTRIE FLORIERT

Sie alle haben Lesbos und die anderen griechischen Inseln nahe der türkischen Küste erreicht, obgleich die Europäische Union (EU) ihre Aussengrenzen mit äusserster Gewalt abzuriegeln und Fluchthelfer wie Sarah Mardini zu kriminalisieren versucht. Ziegler beschreibt ausführlich die «Push Back»-Aktionen der europäischen Grenzschutztruppen. Er weiss: Mit deren Ausrüstung macht die Rüstungsindustrie mehr Profit als mit dem Syrien-

krieg. Um Flüchtlinge aufzuspüren und zurückzujagen, gab die EU im letzten Jahr 15 Milliarden Euro aus. Bis 2022 will sie den Betrag für Grenztechnologie nahezu verdoppeln.

Damit verstösst die EU gegen das Völkerrecht und die Flüchtlingskonvention, die jeder und jedem in Not garantiert, in einem anderen Land einen Asylantrag zu stellen. Besonders beschämend ist dabei die Aufplusterei gegenüber den nationalistischen Regierungen Osteuropas, die sich grundsätzlich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen. Denn gleichzeitig gibt Brüssel Milliarden dafür aus, Menschen, die nur überleben wollen, mit Gewalt daran zu hindern, Asyl zu suchen. Ziegler: «So zerstört Europa seine moralischen Grundlagen.»

Jean Ziegler: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.** Bertelsmann, München 2020. 144 Seiten, CHF 24.90.

Gewaltige Geschichten Mädchenhaus wird 25

Seit 25 Jahren besteht es, und noch immer ist sein Standort geheim: das Mädchenhaus Zürich. Es bietet als schweizweit einmalige Institution Schutz für Mädchen und junge Frauen, die vor Gewalt fliehen. Damit die Schläger und Vergewaltiger ihre Opfer nicht mehr auffinden können. Zum Jubiläum haben die Betreiberinnen ein eindrückliches Buch herausgegeben. Darin versammelt sind neben der Historie dieser Schutzzone sechs Erlebnisberichte von Mädchen. Was sie erzählen, ist haarsträubend. Aber oft auch ermutigend. Und vor allem zeigen ihre Zeugnisse: Mädchenhäuser sind notwendig – nicht nur in Zürich!

Mädchenhaus Zürich (Hg.): **Gewaltige Geschichten – und das Leben danach.** Zürich 2019, 95 Seiten. Für CHF 18.– zu bestellen auf www.maedchenhaus.ch.

Grosskongress

Reclaim Democracy II

Ende Februar steigt zum zweiten Mal der grosse Reclaim-Democracy-Kongress, den auch die Unia unterstützt. Der linke Think-Tank Denknetz hat erneut sein Gespür für die drängenden Zeitfragen bewiesen und ein brandaktuelles



Programm zusammengestellt. So widmen sich die Diskussionen und Vorträge drei thematischen Schwerpunkten: der Klimafrage, den Fake News sowie dem digitalen Kapitalismus und seinen sozialen Kämpfen. Wer sich bis am 1. Februar anmeldet, profitiert vom vergünstigten Vorverkauf.

27. bis 29. Februar: **Zweiter Reclaim-Democracy-Kongress.** Rote Fabrik, Seestrasse 395, Zürich. Ein Dreitagespass kostet CHF 100.– bzw. 40.– für Nicht- und Wenigverdienende. www.reclaim-democracy.org.

workxl der wirtschaft

David Gallusser



ORGANISATIONSGRAD: SINKEND BEI MÄNNERN, KONSTANT BEI FRAUEN

Der Organisationsgrad gibt an, wie viel Prozent aller Arbeitnehmenden Mitglied einer Gewerkschaft sind. Ist der Organisationsgrad hoch, können Gewerkschaften für mehr Beschäftigte sprechen und bessere Arbeitsbedingungen aushandeln. Wie in vielen anderen Ländern sinkt auch in der Schweiz der Organisationsgrad. Vor allem Männer sind heute weniger gut organisiert als früher. Mit jeder Generation treten weniger Männer einer Gewerkschaft bei und bleiben Mitglied. So war zum Beispiel in den Jahrgängen 1937 bis 1951 noch jeder dritte ein Gewerkschafter, als diese 2002 zwischen 50 und 64 Jahre alt waren (siehe Grafik). In der nächsten Generation mit den Jahrgängen 1952 bis 1967 war im gleichen Alter im Jahr 2017 nur noch jeder vierte Mitglied.

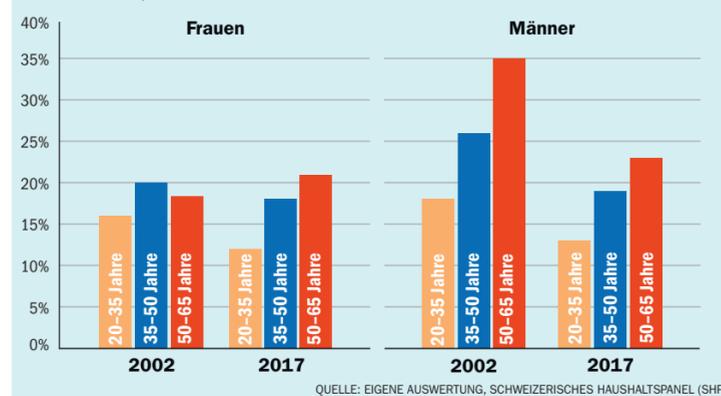
STRUKTURWANDEL. Mitverantwortlich für diese Entwicklung ist der Strukturwandel. Jüngere Männer sind im Gegensatz zu älteren Männern weniger häufig in der Industrie beschäftigt, wo

Gewerkschaften traditionell verankert sind. Die Jungen kommen dadurch weniger in Kontakt mit Arbeitnehmerorganisationen und – fast noch wichtiger – mit Arbeitskollegen, die Mitglied sind. Darüber hinaus ist die Arbeitswelt schnelllebig geworden. Gerade Junge wechseln heute öfter die Stelle oder den Beruf. So erscheint es für viele weniger dringlich, sich in einer Gewerkschaft längerfristig für gute Arbeitsbedingungen starkzumachen.

ERFOLGE. Es gibt auch positive Entwicklungen. Der Organisationsgrad der Frauen blieb konstant, weil im gleichen Ausmass Frauen einer Gewerkschaft beitraten, wie Frauen zusätzlich eine Erwerbsarbeit aufnahmen. Die gewerkschaftlichen Bemühungen, in den Dienstleistungsbranchen Fuss zu fassen, wo Frauen häufig arbeiten, haben sich also auszahlt. Ausserdem ist der Organisationsgrad nicht die einzige Währung der Gewerkschaften. Mit geschickten Kampagnen und den flankierenden Massnahmen sind

Jüngere Generationen weniger organisiert

Organisationsgrad (Gewerkschaftsmitglieder unter den Arbeitnehmenden in Prozent aller Arbeitnehmenden) nach Geschlecht und Alter im Jahr 2002 und 2017.



heute so viele Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt wie noch nie. Allerdings können erfolgreiche Kampagnen und Gesetze eine starke Mitgliederbasis nicht ganz ersetzen. Um den Abwärtstrend beim Organisationsgrad zu brechen, müssen

die Gewerkschaften ihre Präsenz in den Dienstleistungsbranchen weiter verstärken. Denn dort zieht es nicht nur Frauen, sondern immer mehr auch junge Männer hin.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Genialer Podcast

Ballaballa-Balkan

Hand aufs Herz: Wer kennt sich schon mit dem Balkan aus? Hierzulande hat man vielleicht gerade noch aufgeschnappt, dass das serbokroatische «jug» so viel wie «Süden» heisst, der «Jugo» also der «Südslawe» ist. Doch beim umgangssprachlichen «Shipi» kommen Herr und Frau Durchschnittschweizer meist schon an ihre Grenzen. Ganz zu schweigen vom aktuellen politischen Geschehen in Europas Südosten. Zum Glück gibt es Krsto Lazarević und Danijel Majić, zwei kritisch-freche Journalisten, die mit ihrem genialen Podcast «Neues vom Ballaballa-Balkan» schon so manche Hörer zum Staunen brachten. Und zum Schäumen! Denn sie betreiben schonungslose Aufklärung – ohne Rücksicht auf nationale und religiöse Befindlichkeiten – und stopfen so manche Wissenslücke. Äusserst wohlthuend und bereichernd! Für Jugos, Shipis und Papierlischwizer. Und ganz besonders für Urhelvetier.

www.ballaballa-balkan.de

Löhne 2020: Einige gute Abschlüsse – und Firmen, die noch immer auf

Endlich: Reallöhne steigen für viele wieder

der Bremse stehen

Das Lohnjahr 2020 wird etwas besser – aber leider nicht für alle Branchen und nicht für alle Beschäftigten.

MARTIN JAKOB

Individuelle Lohnerhöhungen seien farrer, argumentieren Arbeitgeberfunktionäre. So würden jene belohnt, die auch mehr leisten. Aber: Wer nicht einmal die Teuerung ausgeglichen erhält, erleidet einen Kaufkraftverlust. Davon waren in den vergangenen Jahren viele betroffen: Gesamthaft sind die Reallöhne 2017 und 2018 insgesamt um 0,5% gesunken und 2019 etwa stabil geblieben. Die Unia hat deshalb mit Blick auf die anhaltend gute

Wirtschaftslage für 2020 eine generelle Lohnerhöhung von mindestens 2 Prozent für alle gefordert und zusätzlich mindestens 50 Franken für Frauen.

Inzwischen liegen wichtige Abschlüsse vor (siehe Tabelle), andere, namentlich für Industriebetriebe, stehen noch aus. «Der Trend der Verhandlungen ist leicht positiv», sagt Unia-Chefökonom Beat Baumann, «generelle Lohnerhöhungen haben wieder eine grössere Bedeutung erhalten. Und da für 2020 eine geringe Teuerung vorhergesagt ist, werden die Reallöhne dieses Jahr im Schnitt wieder etwas steigen.»

MOBILISIERUNG LOHNT SICH

Als besonders erfreulich stuft Beat Baumann die Lohnentwicklung im Bau und bei den Stromern ein: «In beiden Branchen geht die generelle Lohnerhöhung auf die starke Mobilisierung und das hartnäckige Engagement von Gewerkschaftsmitgliedern zurück.» Auch in etlichen anderen Sparten der Bauindustrie und des Gewerbes wurden generelle Lohnerhöhungen erreicht. Dagegen erhöhen zwar viele Produktionsbetriebe sowie Migros und Coop die Lohnsumme, wollen den Zuwachs aber individuell verteilen. «Dort ist nun unsere Erwartung, dass die Erhöhung für die gezielte Anhebung der Frauenlöhne verwendet wird», sagt Baumann. Insgesamt sei «das Glas eher halbvoll als halbleer.» So oder so hat die Unia die Schulung der Personalkommissionsmitglieder, die Lohnverhandlungen führen, ausgebaut. Denn der Kampf um bessere Löhne geht weiter.

BRANCHE	FIRMA/ARBEITGEBER	Löhne total	Löhne generell	Löhne individ.	Mindestlöhne	Bemerkungen
Bau & Bauindustrie	Bauhauptgewerbe (LMV)	1,4%	Fr. 80.–		Fr. 80.–	
	Betonwarenindustrie	Fr. 30.–	Fr. 25.–	Fr. 5.–		Ratifizierung arbeitgeberseitig ausstehend
	Gerüstbau	Fr. 35.–	Fr. 35.–			Ratifizierung noch ausstehend
	Gleisbau	Fr. 80.–	Fr. 80.–		Fr. 80.–	
	Ziegelindustrie	Fr. 30.–	Fr. 30.–		Fr. 30.–	
Gewerbe	Landschafts- und Gartenbau (VD)	Fr. 27.50	Fr. 27.50			
	Reinigung Deutschschweiz				0,4% bis 0,7%	laufender GAV 2018–2020
	Bauwerk Parkett	1,5%	1,0%	0,5%	Fr. 0.25/Stunde	
	Carrosserie				Fr. 50.–/Fr. 75.–/Fr. 150.–	abgestuft Ungerlernt/EB/EFZ
	Decken-/Innenausbau-systeme	Fr. 40.–	Fr. 40.–		Fr. 40.–	laufender GAV 2018–2021
Lebens- & Genussmittelindustrie	Elektro-/Telekom-installation	Fr. 100.–	Fr. 100.–			
	Gebäudehülle	Fr. 40.–	Fr. 20.–	Fr. 20.–		
	Gebäudetechnik	1,0%		1,0%	Fr. 39.– bis Fr. 398.–	
	Holzbau				1,5%	plus höhere Löhne in den ersten 10 Jahren
	Isoliergewerbe	Fr. 25.–	Fr. 25.–	Fr. 50.–/100.–		
Uhrenindustrie	Metallbau	1,0%		1,0%		
	Chocolats Camille Bloch	0,6%		0,6%		inkl. Senkung Sozialbeiträge
	DSM Nutritional Products	1,1%		1,1%		
	Feldschlösschen	0,75%		0,75%	Fr. 100.–	um 2 Wochen verlängerter Mutterschaftsurlaub
	Fenaco	1,1%		1,1%		
Verkehr	Ucifa (Cigarrenfabriken Zentralschweiz)	Fr. 40.–	Fr. 40.–			
	Haco/Narida		Fr. 40.–*	0,5%		* für Löhne bis Fr. 5000.–
	Mines et Salines Bex	1,3%		1,3%		
	Uhren- und Mikrotechnik-industrie	Fr. 16.–	Fr. 16.–			entspricht dem Teuerungsausgleich
	Biwi Glovelier	1,7%				

Konkurs: Endet damit das Arbeitsverhältnis?

Ich arbeite in einem Malergeschäft. In letzter Zeit habe ich bemerkt, dass das Geschäft schlecht läuft. Nun wurde über meinen Arbeitgeber der Konkurs eröffnet. Was passiert nun mit meinem Arbeitsvertrag? Endet mein Arbeitsverhältnis mit der Konkurseröffnung automatisch? Oder muss ich weiterarbeiten, obwohl unsicher ist, ob ich den Lohn erhalten werde?

REGULA DICK: Nein. Die Eröffnung des Konkurses bedeutet nicht automatisch, dass Ihr Arbeitsverhältnis endet. Allerdings erhalten Sie für Arbeit, die Sie nach der Eröffnung des Konkurses leisten, keine Insolvenzschiädigung der Arbeitslosenkasse. Sie riskieren also, für diese Arbeitszeit keine Entschädigung zu erhalten, falls sich im



INSOLVENZ: Geht Ihre Firma konkurs, dann stellen Sie sicher, dass Ihr künftiger Lohn auf ein Sperrkonto einbezahlt wird. FOTO: ADOBE STOCK

Konkursverfahren zeigt, dass nicht mehr genügend Vermögen vorhanden ist, um die Löhne zu zahlen. Ausserdem dauern Konkursverfahren relativ lange. Die Eröffnung des Konkurses gilt allerdings als Indiz dafür, dass das Unternehmen zahlungsunfähig ist. Gemäss Art. 337 a des Obligationenrechts können Sie verlangen, dass Ihr künftiger, an sich noch nicht zur Zahlung fälliger Lohn sichergestellt wird, beispielsweise, indem er auf ein Sperrkonto einbezahlt wird. Setzen Sie Ihrem Arbeitgeber eine Frist, in der er Ihnen den künftigen Lohn sicherstellen soll. Als angemessen gelten drei Tage bis eine Woche. Erfolgt keine Sicherstellung, können Sie fristlos kündigen. Melden Sie sich in diesem Fall sofort bei der Arbeitslosenkasse.

Unfall nach der Kündigung: Zerfällt der Kündigungsschutz?

Ich habe bei meinem aktuellen Arbeitgeber gekündigt. Nun bin ich während der Kündigungsfrist verunfallt und für längere Zeit arbeitsunfähig. Mein Chef stellt sich nun auf den Standpunkt, dass in meinem Fall die Regelungen über den Kündigungsschutz nicht gelten. Stimmt das?

REGULA DICK: Ja. Grundsätzlich sieht das Obligationenrecht einen zeitlich begrenzten Kündigungsschutz bei Unfall oder Krankheit vor, sobald die Probezeit abgelaufen ist: im ersten Dienstjahr während 30 Tagen, ab dem zweiten bis und mit fünften Dienstjahr während 90 Tagen und ab dem sechsten Dienstjahr während 180 Tagen. Würde schon vor dem Unfall oder der Krankheit gekündigt, ist die Kündigung zwar gültig, die Kündigungsfrist verlängert sich jedoch. Dieser Kündigungsschutz gilt sowohl bei ganzer wie auch bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit. Allerdings gilt dieser Kündigungsschutz nur, wenn die Kündigung durch die Firma erfolgt ist. Wenn Sie selbst kündigen, gelten diese Sperrfristen nicht, und das Arbeitsverhältnis endet mit Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist.

MOBILITÄT HAT IHREN PREIS: Wer bei Autos auf Luxus und Prestige verzichtet, kann viel Geld sparen.

FOTO: SHUTTERSTOCK



Ein eigenes Auto? So sparen Sie beim Fahrzeugkauf Von A nach B zum kleinen Preis

Wer ehrlich rechnet, weiss es: Das eigene Auto ist ein teurer Spass. Sie brauchen aber eines? Dann kaufen Sie es mit kühlem Kopf.

MARTIN JAKOB

Muss ein neues Auto her, gehen manchen Menschen schon mal die Pferde durch: Man gönnt sich ja sonst nichts! Aber gemacht. Überschlagen Sie zuerst mal, welche Kosten ein eigenes Auto tatsächlich verursacht. Steuer, Versicherung, Parkplatz und der Abschreiber für die Wertminderung stehen auf dem Ticker, bevor Sie auch nur einen Kilometer gefahren sind. Hinzu kommen die Kosten für Treibstoff, Service, Pneus und Reparaturen. Selbst bei einem Kleinwagen kommen so rasch 500 Franken im Monat zusam-

men. Brauchen Sie das Auto nur unregelmässig, ist möglicherweise die billigere und ökologischere Lösung ein Leihwagen, beispielsweise von Mobility oder Sharoo. Müssen Sie ein Auto kaufen, beherzigen Sie die work-Spartipps:

- 1. KEIN NEUWAGEN.** Autos sind Konsumgüter mit Verfalldatum. Nach 15 bis 20 Jahren sind sie reif für die Ausmusterung und besitzen keinen Marktwert mehr. Bei einem Kaufpreis von 30 000 Franken sind das 1500 bis 2000 Franken Wertverlust pro Jahr. Jedoch: Der Abschreiber ist in den ersten drei Jahren überdurchschnittlich und beträgt zwischen einem Drittel und der Hälfte des Anfangswerts. Das sind dann zwischen 3300 und 5000 Franken pro

Ein eigenes Auto? So sparen Sie beim Fahrzeugkauf Von A nach B zum kleinen Preis

Jahr. Darum ist der Neuwagenkauf immer die teuerste Variante. Wer stattdessen eine Occasion erwirbt, fährt günstiger.

2. NICHT ZU VIELE PS. Um Tempo 120 zu fahren, braucht Ihr Auto wenig Leistung. Das schaffte früher schon ein VW Käfer mit 40 PS unter der Heckklappe. Ein bisschen mehr soll und darf es sein, die Autos sind ja auch schwerer geworden. Faustregel:

Um Tempo 120 zu fahren, brauchen Sie keinen PS-Boliden.

Rechnen Sie ein PS für 15 Kilo Fahrzeuggewicht, dann sind Sie ausreichend motorisiert. Das wären bei einem Auto der Kompaktklasse (VW Golf & Co.) 90

bis 100 PS. Jedes PS mehr verursacht höhere Betriebskosten.

3. TIEFER VERBRAUCH. Je weniger Ihr Auto säuft, desto geringer die Belastung Ihrer Kasse – und der Umwelt. Achten Sie auf die Energieetikette. Sie nennt den Treibstoffverbrauch, die CO₂-Emission und die Energieeffizienz, wobei A der beste und G der schlechteste Wert ist. Im Occasionshandel ist die Energieetikette nicht vorgeschrieben. Erfragen Sie deshalb die entsprechenden Werte.

4. PREISE VERGLEICHEN. Autopreise lassen sich schweizweit gut vergleichen. Auf Autoscout und anderen Onlineportalen überblicken Sie das Angebot und machen Ihr Wunschmodell zum besten Preis ausfindig.

5. KEIN LEASING. Reicht das Gesparte nicht für den Traumwagen? Machen Sie lieber ein paar Abstriche an Ihrem Wunschmodell, als es zu leasen. Sie verpflichten sich fest über Jahre – steigen Sie früher aus dem Vertrag aus, sind happige Nachzahlungen fällig. Sie müssen das Auto über die gesamte Vertragsdauer vollkasko versichern. Sie dürfen nur die vereinbarte Anzahl Kilometer fahren und sind im Gebrauch des Autos auch anderweitig eingeschränkt. Wenn schon ein Autokauf auf Pump, ergänzen Sie die eigenen Mittel besser mit einem Kredit – das rät auch die Berner Schuldenerberatung. Das sei die flexiblere und rechtlich klarere Form der Finanzierung, die trotz etwas höheren Zinsen unterm Strich auch nicht teurer sei.

ELEKTRO-AUTOS UNTER STROM – GEBRAUCHT
Elektroautos gibt's mittlerweile auch gebraucht, zu Preisen ab weniger als 10 000 Franken. Worauf Sie achten müssen: Ohne Ladestation zu Hause oder in der Firma ist ein E-Auto nur beschränkt alltagstauglich. Prüfen Sie, ob Sie zu Hause eine Ladeinfrastruktur installieren können und was das kostet. Ausserdem: Das Teuerste am E-Auto ist die Batterie. Verlangen Sie bei Occasionen eine Garantie und/oder ein Attest über die aktuelle Akkuleistung.

FOTOS: COLOMBINI, POKORNY (4), SHUTTERSTOCK (3), 123RF (4), ISTOCK (1)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Viele Versandhändler nehmen Bücher und CDs zurück

Diese Weihnachten hatte Alice Pech mit den Geschenken. Der Wander-Reiseführer über das Wallis, den sie ihrem Neffen geschenkt hat, interessiert diesen nicht. Und die gute Freundin hat die Rammstein-CD schon, die Alice für sie ausgesucht hat. Alice hat die beiden Artikel online bestellt. Kann sie sie umtauschen? Rechtlich gilt: Händler müssen nur defekte oder falsch gelieferte Waren zurücknehmen. Aber in der Realität sind viele kulant, wie jetzt ein Saldo-Test zeigt.

Die Tester schickten je eine DVD, eine CD und ein Buch zurück mit dem Vermerk «nicht gefallen». Und siehe da: Amazon, Dodax, Orell Füssli und Weltbild nahmen alle Artikel zurück. Cede nahm «ausnahmsweise» zwei der Artikel zurück, Ex Libris nur einen. City Disc verkauft keine Bücher und verweigerte die Rücknahme von CD und DVD.

GUTER SERVICE, MIESE ARBEITSBEDINGUNGEN. Fürs Zurücksenden müssen Sie meist zuerst den Kundendienst kontaktieren. Nicht so bei Amazon: Dort klicken Sie im Internet auf «gefällt mir nicht mehr» und retournieren die Ware. Ob geöffnet oder verpackt, spielt keine Rolle. Allerdings: Die Arbeitsbedingungen bei Amazon sind meist katastrophal – work berichtete schon öfter darüber. Der gute Amazon-Service geht auf Kosten von anständigen Löhnen. CHRISTIAN GURTNER UND CHRISTIAN EGG



PASST NICHT: Wer mit Geschenken falsch liegt, ist froh, wenn der Shop sie zurücknimmt oder tauscht. FOTO: ISTOCK

Höherer AHV-Beitrag ab Januar 2020 0,15 Prozent mehr

2019 hat das Schweizer Volk einer Erhöhung des AHV-Beitrags zugestimmt. Die erste Säule kostet Sie ab sofort 1,5 Franken mehr pro tausend Franken Lohn.

Ab 1. Januar 2020 gilt ein neuer Beitragssatz für die AHV: Er steigt von bisher 8,4 auf 8,7 Prozent. Die Beiträge an IV (1,4 Prozent) und Erwerbsersatzordnung (EO; 0,45 Prozent) bleiben unverändert. Das ergibt für AHV/IV/EO gesamthaft 10,55 Prozent, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte bezahlen. Ihr Lohnabzug für diese drei Sozialversicherungen steigt also von 5,125 auf 5,275 Prozent vom Bruttohohn. Gleichzeitig sind auch die Beitragssätze für Nichterwerbstätige angehoben worden. Der Mindestbeitrag liegt neu bei 496 Franken pro Jahr (bisher

482 Franken). Mit diesen obligatorischen Beiträgen schützen sich Personen ohne Berufstätigkeit vor Beitragslücken in der ersten Säule.

KEINE HÖHERE RENTE. Auf die 1,2 Milliarden Franken, welche die höheren Lohnbeiträge einbringen, legt der Bund aus Steuergeldern weitere 800 Millionen Franken drauf, womit die jährlichen Einnahmen der AHV um 2 Milliarden Franken steigen.

Die AHV-Rechnung wird um 2 Milliarden Franken aufgebessert.

gen. Auf die Höhe der Renten wirkt sich dies allerdings nicht aus – die bleiben unverändert bei 1185 Franken für die Mindestrente und 2370 Franken für die maximale Rente. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie eine Hotel-Übernachtung!



Eine traumhafte Aussicht auf den Eiger, genussreiches Essen und der Sole-Whirlpool im Garten: nur einige der Highlights im Hotel Belvedere. Für unvergessliche Ferien in Grindelwald BE.

www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 21
Das Lösungswort lautete: **CHRISTBAUM**



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Peter Gartenmann, Häuslenen TG. Herzlichen Glückwunsch!

Stationsleiter (Klinik)			US-Fussballerin ... Rapinoe	westl. Militärbündnis	Billard-Spiel-form			einheim. Ölpflanze	Honig-insekt	Autokz. Lesotho	gelb-braune Erdfarbe		Ausruf des Erstaunens		verbindliche Anweisung	Heil- und Gewürzpflanze	frz. Pluralartikel	
Bündner Pass								sind wieder eine Milliarde reicher									Abk.: im Zeichen	
Vorläuferin der EU			Kaviarfisch		visuell						6		Schweiz. Kabarettist (Andreas)		Halbton über A			
ohne innere Ruhe								Schul-fest-säle		Strom durch Frankreich			dt. Stadt an der Isar: Bad ...				1	schmiedbares Eisen
					mittelalt. Kragenkapuze		An-spruch							3	oberster Punkt am Himmel		Hölle	
heilig in ital. Ortsnamen (männl.)		Ver-fasser		Abgabe, Entgelt									US-Stadt: Las ...		kost-barstes Gut			
Ein-schnitt im Vers	10						Bücher-freund	voll-kommen		Bahn-tunnel im Kt. GR								
				gut zu steuern, gefügig		flüssiges Pflanzenfett					4				trop. Staudenfrüchte		Abk.: Fachhochschule	7
hartnäckig, verbissen	männl. Haushühner		erklär. Text zu Bildern							Emirat am Per-sischen Golf			Heilige Schrift d. Christen					
Mehr Lohn für ...-Putzfrauen					Ge-bäude-teil		asiat. Raubkatze		Edel-stein-gewicht							Berg-kämme		lästige Ange-woh-nheit
			gepolstertes Sitz-möbel		Wund-starr-krampf								ital. Schau-spielerin (Ornella)		afrikan. Kuh-antilope			
durchgekocht	absonderlich									Halbton unter G			Staats-präsident v. Frank-reich					
Buch d. Alten Testaments					weibl. frz. Artikel		Augen-blick, im ...		Staat in West-afrika							Abk.: seiner-zeit		Keim-zelle
Instandsetzung	Jagdart m. Greifvögeln												Prüfer					
								älteste menschl. Kultur-stufe										

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 24. Januar 2020

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie



Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2019 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier», das bestätigt, dass für das Jahr 2019 der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten eine Rückerstattung von

200 Franken

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2020 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.



WORKLESERFOTO



Industrie-Idylle

WANN November 2019
WO Luterbach SO
WAS Ehemalige Cellulosefabrik Attisholz.
 Die ehemalige Fabrik und das dazugehörige Areal werden heute kulturell genutzt.
Eingesandt von **Giorgio Benelli, Derendingen SO**

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 13. 12. 2019

Brauchen wir in der Schweiz endlich ein neues Steuersystem?

WELTWEITES PROBLEM

Ich denke, das Steuersystem ist nicht nur ein Problem der Schweiz, sondern der ganzen Welt. Steuersysteme sind gemacht für schlaue Füchse, jedenfalls nicht für Gerechtigkeit, egal, wo. Die Menschen, die viel arbeiten, etwas sparen, damit sie im Alter etwas haben, sind die Dummen, auch egal, wo. Steuersystem heisst: zuerst wir Grossen und dann vielleicht viel später die Kleinen. Steuersystem heisst für die Grossen, grosse Abzüge machen, ganz legal, und damit Geld verdienen. Ich meine, in der heutigen Zeit, in der man alles messen kann, sollte es möglich sein, dass von jedem Franken, der umgesetzt wird, ohne Abzüge 10 bis 20 Prozent in einen allgemeinen Topf fliessen für alle Menschen. Und wir hätten auf der ganzen Welt Geld im Überfluss und müssten nicht auch noch überall betteln. Aber leider bleibt alles beim Alten, denn die Finanzhaie sind stärker.

HELMUT BUCHER, PER MAIL

ZÜNFTIGE ERBSCHAFTSSTEUER

Die Schweiz braucht dringend eine zünftige Erbschaftssteuer für grosse Vermögen. Und endlich eine Kapitalgewinnsteuer. Es ist ein Unding, dass bei Lohnabhängigen jeder erchrampfte Franken der Steuer unterliegt, die Spekulant aber Gewinne steuerfrei einstreichen. Auch deshalb werden die Reichen immer reicher, während immer breitere Schichten des Volks immer weniger Geld im Portemonnaie haben. Übrigens: Die SVP als Partei der Milliardäre wehrt sich natürlich gegen Änderungen.

SEVERIN BRANTSCHEN, PER MAIL

WORKPOST

neuen Schweizer Möbelhändlergiganten das eine oder andere Inserat zu ergattern oder in den Wochenendausgaben Prospekte beilegen zu können. Die Interessen der Arbeitnehmenden sind für die meisten Redaktionen kein Thema mehr.

LOUISE WAGNER, PER MAIL

WORK 21 / 13. 12. 2019: ROSA ZUKUNFT: AUS MEER- UND BRACKWASSER WIRD TRINKWASSER FÜR ALLE

Es funktioniert bereits!

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Firma Trunz in Steinach SG seit Jahren ausgeklügelte und funktionierende Anlagen zur Wasseraufbereitung herstellt. Die Frage, ob die Technik hält, was Laboranlagen und das Papier versprechen, stellt sich hier also nicht mehr.

WILLI AERNE, PER MAIL

WORK 21 / 13. 12. 2019: DIE REICHEN IN DER SCHWEIZ WERDEN IMMER REICHER

Und die Löhne stagnieren

Eine Firma hat Mitarbeitende, die am Erfolg und Misserfolg der Firma arbeiten. Vom Erfolg haben Lohnempfänger in den letzten drei Dekaden kaum bis gar nicht profitiert. Die Löhne stagnieren und sinken.

ROLAND EICHENBERGER, VIA FACEBOOK

Raus mit den gelben Westen!

Es vergeht doch kein Tag hierzulande, an dem nicht neue Gebührenerhöhungen und neue Abgaben beschlossen werden in Bern. Es betrifft meist die Kleinverdiener. Beispielsweise die Ein-

führung einer Notfallpauschale von 50 Franken im Spital. Der Schweizer Wirtschaftsprofessor und Publizist W. Vontobel sagte kürzlich: «Gebt den Schweizern die Kaufkraft zurück!» Die Krankenkassenprämien fressen das ganze Budget der Schweizer. Es gibt viele Wirtschaftszweige, die leiden, weil die Schweizerinnen eben keine Kaufkraft mehr haben. Die Reichen erhalten immer mehr Geschenke vom Staat. Aber nur wer als Familie unter 67 000 Franken pro Jahr Einkommen erhält, bekommt Krankenkassenverbilligung. Menschen in Not wird nicht geholfen! Soll das noch lange so weitergehen? Bei mir im Schrank hängen einige gelbe Westen, die sind bereit!

LAURE MÜLLER, ZÜRICH/ZERMATT VS

WORK 21 / 13. 12. 2019: AMTSWILLKÜR!

Gschämig

Wie sich einige Migrationsbehörden verhalten, ist einfach gschämig. Zum Teil arbeiten dort Leute, die sich als verlängerter Arm der SVP sehen und Menschen ohne Schweizer Pass möglichst schlecht behandeln sollen. In einigen Kantonen dürfte das durchaus auch politisch gewollt sein. Gut, hat die Unia fähige Juristen. Und für die Betroffenen ist zu hoffen, dass sie auch wissen, dass sie sich nicht alles gefallen lassen müssen.

RAHEL NIKOPOLIDOU, PER MAIL

Erschreckend

Jurist Javier Suarez sagt: «Oft fällen die Ämter einfach mal einen Entscheid und warten ab, ob die betroffene Person diesen akzeptiert oder ob sie Widerspruch einlegt.» Das ist für mich äusserst erschreckend. Sind wir in der Schweiz tatsächlich schon so tief gesunken?

KURT BADER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

1. Wann wurde das «World Economic Forum» (WEF) gegründet, das damals noch «European Management Forum» hiess?
 a) 1601
 b) 1791
 c) 1881
 d) 1971
2. Wie heisst der WEF-Gründer?
 a) Klaus Martin Schwab
 b) Klaus Markus Schwab
 c) Klaus Marx Schwab
 d) Klaus Maximilian Schwab
3. Von welcher Ideologie distanziert sich das WEF in seinem neusten «Manifesto»?
 a) von der neolabilen
 b) von der neoliberalen
 c) von der grenzdebilen
 d) von der ganzegalen
4. Wie nannte work-Kolumnist Jean Ziegler das WEF?
 a) «Ideologiefabrik der internationalen Geldscheffler»
 b) «Ideologiefabrik der internationalen Geldsäcke»
 c) «Ideologiefabrik der internationalen Geldfresser»
 d) «Ideologiefabrik der internationalen Geldfälscher»

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d, 2a, 3b, 4b

**LADINA MALÄR
BERGFRAU**

Eigentlich wollte Ladina Malär Architektin werden. Doch während des Studiums in Vaduz vermisste die gebürtige Churerin die Bündner Bergwelt so sehr, dass sie nach einem Semester wieder nach Valbella heimkehrte. Und dort gleich eine ganze Saison als Skilehrerin arbeitete. So entdeckte Malär ihr Flair für Kinder. Also liess sie sich an der Pädagogischen Hochschule in Chur zur Kindergärtnerin ausbilden. Mit dem



STOLZER BEGLEITER:
Sennenhund Fidel.

Bachelor im Sack erhielt sie sofort ein gutes Stellenangebot – und schlug es aus. «Die Berge liessen mich einfach nicht los!» Also blieb sie in Valbella. Im Winter als Skilehrerin, im Sommer als Mountainbike-Instruktorin. Oder als Hirtin auf der Alp.

BÄUERIN. Aber auch am Pädagogischen hielt Malär fest. Sie besuchte nämlich so viele Schneesport-Weiterbildungen, dass sie heute für den Dachverband Swiss Snowsports selbst Kurse gibt. Und der Bildungshunger und Tatendrang begleiten die Skiexpertin weiterhin. Gerade besucht Malär die Bäuerinnenschule in Landquart. Ihr Ziel: den elterlichen Hof übernehmen und auf Bio trimmen. Als Skilehrerin mit eidgenössischem Fachausweis verdient Malär 50 Franken pro Stunde, womit sie in einer guten Saison auf monatlich rund 4500 Franken kommt.



Skilehrerin **Ladina Malär** (28) hat ein Wundermittel gegen Kindertränen

«Der Lawine ist es egal, dass ich den Fachausweis habe»

Kindergärtnerin Ladina Malär ist passionierte Skifahrerin und Berglerin. Und hat ihre Leidenschaft zum Beruf gemacht. Gerade deshalb muss sie sich oft erklären.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS NICOLAS ZONVI

Weihnachtszeit und frühmorgendlicher Grossandrang an der Postautostation am Bahnhof Chur GR: «Khul, miar gön uf d'Heid!» frohlockt ein Bündner Bub mit Miniski unterm Arm. Und auch ein Meitli aus dem Unterland jauchzt: «Endli wieder i d'Lenzi!» Dann fährt er los, der proppenvolle Bus, auf die Lenzerheide, wo sich eines der grössten Wintersportgebiete der Schweiz erstreckt und wo Ladina Malär (28) bereits alle Hände voll zu tun hat.

Denn die Skilehrerin beginnt ihren Arbeitstag nicht erst um neun auf der Piste, sondern um sechs im elterlichen Stall. Dort füttert und umsorgt sie jeden Morgen ihre Geissen, Hühner, vier Esel sowie den Ber-

ner Sennenhund Fidel. Neben ihrem Kräutergarten sind die Tiere Malärs grosse Leidenschaft: «Schon als Kind liebte ich nichts mehr, als in den Stall zu gehen.» Viel Zeit bleibt ihr für die Tiere allerdings nicht. Denn bei der Schneesportschule Lenzerheide-Valbella leitet Malär den gesamten Kinderunterricht und trägt die Verantwortung für das «Kinderland». Diesen Anfängerhang für die Jüngsten gilt es jeden Morgen aufs neue herzurichten: Fahnen montieren, Hindernisse aufstellen und die Kolleginnen und Kollegen instruieren. Und wenn die Nacht Neuschnee bringt, muss Malär auch noch zur Schaufel greifen und den «Zauberteppich» – den Förderbandski-lift – freilegen. Eine «khoga Büaz» sei das schon, sagt Malär, doch: «Mit Teamarbeit läuft das wie am Schnürchen.»

PÄDAGOGINNENKNIFFS. Punkt neun Uhr treffen dann die ersten Kinderscharen ein. Pro Sammelplatz sind es gut und gerne

60 Kinder – hinzu kommen Eltern und andere Begleiter. Jetzt kommt es ganz auf Malär an. Als Skilehrerin mit der zweithöchsten Branchenausbildung obliegt es nämlich ihr, das Können der Kinder zu beurteilen und sie in die entsprechenden Gruppen einzuteilen. Deshalb richten sich jeweils unzählige grosse Kinderaugen gespannt auf die Frau im roten Tenue. Schliesslich ist die Gruppenteilung für die Kleinen ein ungewohnter Moment. Malär: «Er bedeutet immer auch eine Trennung von den Eltern.» Für manche Kinder kein Leichtes. Doch als studierte Kindergärtnerin und Skilehrerin in der neunten Saison kennt Malär eine Reihe pädagogischer Kniffs. Und wenn ein Knirps sich einmal so richtig scheut, nimmt die Pädagogin ihren «Snowli» hervor, das plüschige Skischul-Maskottchen, das Wunder bewirkt. So sind die Abschiedstränen bald ausgeweint, und los geht's auf die Piste.

ELTERN-EHRGEIZ. Aber ist die Arbeit im Kinderland auf Dauer nicht strapazierend? Malär winkt ab. «Ich habe ja auch Skitourengruppen oder den Privatgast, der seinen Carving-Stil verfeinern will.» Die passionierte Skiexpertin strahlt: «Es ist diese Vielfalt, die meinen Beruf so spannend macht.» Hinzu kommen die täglich neuen Herausforderungen. Etwa, wenn ein pubertierender Skimuffel mit seiner Unlust die ganze Gruppendynamik belastet. Was tun? «Den Miesepeter mit Naturerlebnissen begeistern», weiss Malär, «dann hast du die ganze Gruppe im Sack!» Oder wenn überehrgeizige Eltern viel zu hohe Leistungserwartungen an ihren

Nachwuchs haben. Dann muss Malär standhaft bleiben. «Man darf sich nie unter Druck setzen lassen!» Vielmehr gelte es das Niveau Schritt für Schritt zu steigern. Denn an erster Stelle komme der Spass, und ausserdem stehe sie in der Sorgfaltpflicht. So auch bei Skitouren abseits der Piste: «Natürlich sind Gäste bei Pulververhältnissen oft übermotiviert.» Doch liege es allein an ihr, Faktoren wie Wetter, Schneeverhältnisse oder die Verfassung der Gäste genau zu prüfen. Und zu beurteilen: «Gehen oder nicht?» Malär ist dazu nicht nur verpflichtet, sondern mit einer eidgenössischen Berufsprüfung auch qualifiziert. Doch die Lagebeurteilung braucht immer ihre volle Konzentration, denn: «Der Lawine ist es egal, dass ich den Fachausweis habe.»

TRAUMBERUF. Malär zählt sich zu den Glücklichen, die ihr Hobby zum Beruf gemacht haben. Doch oft hört sie leidige Frage wie: «Ladina, wann machst du mal etwas Richtiges?» Oder: «Mit deinem Einkommen kannst du ja nie in die Ferien!» Dann muss Malär erklären. Etwa, dass der Schneeschulsport und die Pädagogik durchaus «was Richtiges» sind und dass für beides längst ausdifferenzierte und professionelle Ausbildungsmöglichkeiten bestehen. Oder dass der Lohn je nach Qualifikation ganz ansehnlich ist. «Und überhaupt», sagt Malär und spienzelt zum glitzernden Pulverhang am Stätzerhorn: «Ich arbeite lieber jeden Tag in der schönsten Natur, als ständig in einem Büro zu sitzen, um dann einmal im Jahr auf irgendeine Insel zu jetten.»



IM PULVERSCHNEE DAHEIM: Mit dem Maskottchen Snowli schafft es Skilehrerin Ladina Malär, auch ängstlichere Kinder für den Schneesport zu begeistern.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; **Mitarbeiter an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.